

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

*Renate Münder*

## **EDITORIAL**

Schwerpunkt des aktuellen Heftes von Theorie und Praxis ist das Thema Krieg und Frieden. Der Krieg als Mittel der imperialistischen Mächte zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele wird wieder zur Alltagserscheinung, urteilt Anton Latzo. Da der Kampf um die Neuaufteilung der Welt jedoch die Form von Stellvertreterkriegen annimmt, wird das kaum wahrgenommen. Der deutsche Imperialismus steht dabei dem Hauptaggressor, dem US-Imperialismus, kaum nach – von Vasallentreue kann nicht geredet werden.

Renate Münder diskutiert, inwieweit wir es mit dem dritten Anlauf des deutschen Imperialismus zu tun haben, zur Weltmacht zu werden. Konträr dazu die Position von Conrad Schuhler (isw): Das deutsche Kapital sei nur zweitrangig, behauptet er, die Theorie vom „transnationalen“ (kollektiven) Imperialismus neu aufwärmend. Originell ist das nicht – Andreas Wehr weist nach, dass diese Kontroverse bereits 2013 in der Zeitschrift *Marxistische Erneuerung* – Z ausgetragen wurde.

Der *Verein Marxistische Linke* hat Thesen zur *Internationalen Politik* in Umlauf gebracht, die nicht zuletzt darauf zielen, innerhalb der DKP politische Verwirrung zu stiften. Während es darum gehen muss, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg als konkrete Hauptaufgabe des revolutionären Kampfes in der gegenwärtigen Etappe zu bestimmen, wird in den Thesen „politischer Pazifismus“ als

„Realpolitik der Unterdrückten“ gepredigt, wie Klaus Linder darstellt. Solche Protagonisten tun alles, um zu verhindern, dass die Friedensbewegung wieder zu einem machtvollen Faktor in der deutschen politischen Landschaft wird. Über die Auseinandersetzungen und Perspektiven der Friedensbewegung in Deutschland informiert Johannes Magel.

Die Freilassung der Cuban Five stellt einen der größten internationalen Erfolge in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus der letzten Jahrzehnte dar, ebenso wie die Aufnahme von bilateralen Gesprächen zwischen beiden Ländern – so die These von Tobias Kriele. Die in den gleichzeitigen Ansprachen beider Präsidenten sich ausdrückende Symbolkraft ist kaum hoch genug einzuschätzen. Der Sieg Kubas steht am Beginn einer neuen Phase des Kampfes zwischen US-Imperialismus und kubanischem Sozialismus. Und auch die Kuba-Solidarität steht damit am Anfang einer neuen Etappe.

Werner Seppmann stellt den strukturellen Wandel der Arbeiterklasse dar, d. h. die Bedingungen struktureller Handlungsfähigkeit angesichts der Vertiefung der Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse

Natürlich fehlt auch nicht eine Analyse zu Pegida – über Ursachen des Entstehens und Möglichkeiten der Gegenwehr schreibt Björn Schmidt. Wie ein Anti-Nazi-Bündnis eine breite und

trotzdem kämpferische Bündnispolitik verfolgen kann, erfahren wir von der Sprecherin des Fürther Bündnisses gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Zum Streit um den Klassencharakter der VR China erscheinen Artikel von Richard Corell und Rolf Berthold, dem ehemaligen Botschafter der DDR in China. Rolle und Bedeutung Chinas in der Staatenkonkurrenz sind sein Thema. Und Eike Kopf stellt ganz aktuell den Tätigkeitsbericht der chinesischen Regierung des Nationalen Volkskongresses 2015 vor, an dessen deutscher Version für das zentrale Parlament Chinas er seit 2002 mitarbeitet.

Hannes Fellner setzt seine Anmerkungen zu Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ fort, und Mathias Meyers schreibt über die stabilisierende Funktion des Kabarets. Im Literaturtipp empfiehlt uns Jürgen Lloyd Ulrich Schneiders kluge Darstellung der Antifa-Bewegung.



# WELTPOLITISCHE WEICHENSTELLUNGEN

Nach der Niederlage des Sozialismus Ende des vergangenen Jahrhunderts waren die nachfolgenden Jahre von einer Politik der erweiterten Wiederaufnahme der durch Kriege erzwungenen imperialistischen Expansion sowie zunehmender militärischer Aggressionen der USA und der anderen Großmächte, der NATO und der EU charakterisiert.

Der Krieg als Mittel der imperialistischen Mächte zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele wurde zur Alltagserscheinung. Die Politik der kapitalistischen Restauration im Zeichen der sozialen Revanche verstärkte den Sozialraub, die innere und äußere Repression, die antidemokratischen Entwicklungen, den Militarismus sowie die neofaschistischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft der kapitalistischen Welt. Die Osterweiterung der NATO und der EU verschärfte die internationalen Widersprüche, und die Gefahren für den Frieden nahmen innen- wie außenpolitisch bedrohlich zu.

Für die weltweite Restauration des Kapitalismus, für die Politik der Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker wurden die Existenz der VR China und die Wiederkehr Russlands zu einer Politik der Wahrnehmung der nationalen Interessen zum entscheidenden Hindernis. Der Widerspruch zwischen den Imperialisten und den zwei Großmächten, deren Außenpolitik immer deutlicher von anti-imperialistischen Zügen charakterisiert wurde, verstärkte sich zusehends. Bloße Meinungsunterschiede in nationalen und internationalen Fragen wurden zu sich zuspitzenden Interessengegensätzen.

## Anspruch auf Weltherrschaft

Der Vordenker der US-Außenpolitik der letzten Jahrzehnte, Zbigniew Brzezinski, prognostizierte schon 1997, dass die Stellung der USA auf der „eurasischen Landmasse“ den Ausschlag geben werde über „Amerikas globale Führungsrolle“. Klar und deutlich beschreibt er in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ Amerikas Strategie der Vorherrschaft

wie folgt: „Unser erstes Ziel ist es, das Wiederauftauchen eines neuen Rivalen zu verhindern, egal ob auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, der eine ähnliche Bedrohung darstellt wie die Sowjetunion. Dies erfordert, dass wir verhindern, dass eine feindliche Macht eine Region dominiert, deren unter Kontrolle gebrachte Ressourcen ausreichen würden, eine neue Weltmacht zu schaffen. Diese Regionen beinhalten Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und Südwestasien.“ Das bedarf keiner Interpretation. Es geht nicht nur um eine bestimmte Region – die Weltherrschaft ist die Triebfeder des US-Imperialismus! Alle Regionen sind betroffen, doch die Hauptaufmerksamkeit richtet sich gegen Russland, China und auch gegen Westeuropa.

Mit dem Ziel der Weltherrschaft wurde die Restauration des Kapitalismus in den ehemaligen sozialistischen Staaten Europas vollzogen. Sie wurden der NATO und der EU einverleibt und damit aus dem Zusammenhalt mit Russland herausgebrochen. Die USA müssten die Kontrolle über die Ukraine übernehmen, so Brzezinski, weil *die Ukraine ein neues und wichtiges Feld auf dem eurasischen Schachbrett, einen geopolitischen Dreh- und Angelpunkt darstelle. Denn schon ihre alleinige Existenz als unabhängiges Land trage dazu bei, Russland zu verwandeln. Ohne die Ukraine sei Russland kein eurasisches Reich mehr.*

*Wenn Moskau die Kontrolle über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen und wichtigen Rohstoffen sowie dem Zugang zum Schwarzen Meer zurückgewönne, würde Russland automatisch wieder in die Lage versetzt, ein mächtiger imperialer Staat zu werden, der sich über Europa und Asien erstreckt.*

Inzwischen sind die bunten Revolutionen mit ihren wohlklingenden Lösungen von Menschenrechten, Freiheit, Wohlstand usw. längst vergessen. Geblieben sind Nationalismus und wachsende wirtschaftliche und gesellschaftliche Instabilität. Die Kräfte, die dem Sirenenengesang der Imperialisten folgen, sind an der Macht.

## Aggressive Einkreisungspolitik

Auf dieser Grundlage wurde in den 1990er Jahren Jugoslawien zerschlagen und in Staaten aufgeteilt, die den Versprechungen von NATO und EU folgen und mehr und mehr im Chaos landen. Ein Staatenring führt vom Baltikum bis ans Schwarze Meer und weiter bis Afghanistan. In Europa waren die Staaten betroffen, die früher Mitglieder des Warschauer Vertrags waren, sodass die NATO bis unmittelbar an die russische Grenze heranreicht! Nur eine Öffnung blieb: die Ukraine und Weißrussland. Dieses Kettenglied soll jetzt geschlossen werden, um einen lückenlosen Zugriff auf Russland zu erreichen. Zugleich wäre so für eine engmaschige Kontrolle wesentlicher Verbindungen zwischen Westeuropa und Russland gesorgt.

Die Einkreisungspolitik beschränkt sich nicht auf Europa. Schon in den 1980er Jahren stürzten die USA die damalige progressive Regierung in Afghanistan, unterstützten die Taliban und verhalfen ihnen zur Macht. Anfang des 21. Jahrhunderts beseitigten die USA die irakische Regierung und hinterließen einen gescheiterten Staat. Die libysche Regierung erlitt 2011 das gleiche Schicksal – Libyen ist heute ein Land der Gesetzlosigkeit. Seit einigen Jahren versuchen die USA und ihre Helfer – darunter auch die Bundesregierung – die syrische Regierung zu stürzen. Ziel dieser Politik wurden auch solche Staaten wie der Iran, Ägypten und Indonesien.

Die Kriege der NATO sind alltäglich geworden. Allein 2013 wurden 30 Kriege und bewaffnete Konflikte gezählt. Davon wurden elf in Afrika, zehn im Nahen Osten und acht in Asien ausgetragen. 2014 waren es mit 31 Kriegen und bewaffneten Konflikten nicht weniger. Lediglich die betroffenen Regionen haben sich schwerpunktmäßig verändert: im Nahen Osten zwölf, in Afrika neun, Asien acht und Lateinamerika eine. Neu ist, dass mit der Ukraine auch Europa wieder in dieser Liste auftaucht.

## Russland unterlegen

Europa ist der Kontinent mit den meisten US-Militärstützpunkten. Insgesamt verfügen die USA mit mehr als 1000 Militärbasen und -stützpunkten im Ausland über ein einsatzfähiges internationales Netz, das alle Kontinente abdeckt und zu jeder Zeit für Provokationen eingesetzt werden kann. Allein in der BRD bestehen mehr als 250 solcher US-Einrichtungen, in Italien sind es 89 – Teile des *Eisernen Vorhangs*, der zur Zeit des Warschauer Pakts die östliche Flanke der NATO abdeckte.

Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages begannen die USA und die EU diese Linie unmittelbar an die Grenze Russlands zu verlegen. Sie reicht von den baltischen Staaten über Polen und Rumänien bis nach Bulgarien, Georgien usw. Die noch bestehenden Lücken – nämlich Weißrussland und die Ukraine – sollen jetzt geschlossen und die NATO-Stellungen ausgebaut werden. Zum Vergleich: Russland besitzt einen einzigen Auslands-Stützpunkt!

Ähnlich ungünstig ist auch das Verhältnis bei den Flugzeugträgern: Die USA haben davon elf im Einsatz, Russland einen einzigen! Hinzu kommen die Einrichtungen zur Raketenabwehr, die in Polen, Rumänien und auch in Bulgarien stationiert sind. Die Ausweitung des US-Raketenabwehrsystems in Europa berührt unmittelbar die Sicherheitsinteressen Russlands. Eine angemessene Antwort scheint ihm nötig.

Auf ihrem Gipfeltreffen im Herbst 2014 beschloss die NATO eine Vergrößerung ihrer militärischen Schlagkraft. Angesichts des Ukraine-Konflikts verstärkte sie ihre schnelle Eingreiftruppe (NRF) vor allem als Ab-

schreckung gegenüber Russland von 13.000 auf 30.000 Mann. Zudem wurde eine *Speerspitze* von 5000–7000 Mann geschaffen, die in jeweils 48 Stunden einsatzbereit sein soll. Die Bundeswehr spielt dabei mit 3000 Soldaten eine Schlüsselrolle. In sechs Ländern Osteuropas – in Polen, Rumänien, Bulgarien sowie in den drei baltischen Staaten – sollen neue Stützpunkte eingerichtet werden.

Der Frieden in Europa ist zunehmend in Gefahr, da die politischen, ökonomischen und ideologischen Kämpfe sich verschärfen und mit den militärischen Auseinandersetzungen verbinden. Ein Beispiel: Die Zahl der westlich finanzierten NGOs, die in Russland tätig sind, wird mit 654 beziffert. Russisch finanzierte NGOs gibt es weltweit zwei.

## Erneute Aufteilung der Welt hat begonnen

Die Ursachen dieser Politik der Imperialisten gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker weltweit wurzeln in der sozialökonomischen Natur der antagonistischen Gesellschaft. Der Krieg ist ein Mittel zur Durchsetzung der Ziele der herrschenden Klasse. Die aktuellen Machenschaften der imperialistischen Mächte in der Ukraine sind Bestandteil und Fortsetzung der Politik der weltweiten Restauration des Kapitalismus und seiner politischen und militärischen Absicherung. Es ist ein Kampf gegen Russland, ebenso gegen die VR China und gegen die Existenz der organisierten kommunistischen und Arbeiterbewegung. Die Alternative soll zerschlagen werden.

Diese Entwicklung ist nicht frei von Widersprüchen zwischen den Groß-

mächten. Denn das Streben nach einer neuerlichen Aufteilung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Einflusssphären beruht auf dem veränderten Kräfteverhältnis zwischen ihnen. Viele der Kriege müssen als Stellvertreterkriege betrachtet werden, in denen es darum geht, wer sich im Wettbewerb um die Weltmachtrolle durchsetzen kann. Der Kampf um die Ukraine setzt die nach der Niederlage des Sozialismus in Europa betriebene Politik der imperialistischen Expansion durch die Erweiterung von NATO und EU fort: Ein Staatsstreich, gestützt auf die reaktionärsten, nationalistischen und faschistischen Kräfte, die sich auf der Grundlage einer ausgeprägten Russophobie als willige Vollstrecker andienten, markiert einen Höhepunkt dieses aggressiven Vorgehens.

Die arbeitenden Menschen der Völker der Welt haben ein Grundinteresse: Frieden! Es ist nichts als eine üble Verleumdung, dass die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistischen Parteien an Krieg interessiert seien. In der Zeit der sozialistischen Staaten haben sie bewiesen, dass sie den Krieg bekämpfen. Wenn er nicht zu vermeiden war, führten sie den Kampf für seine Beendigung und für die Schaffung von Verhältnissen, die ihn künftig verhindern sollen.

Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist für uns Anlass, daran zu erinnern, dass das Grundanliegen der imperialistischen Staaten nicht den Erfordernissen der Entwicklung der Gesellschaft und des Friedens folgt, sondern den Interessen des Monopolkapitals.



Renate Münder

# DRITTER ANLAUF ZUR WELTMACHT?

Auf der Demonstration in München gegen die Sicherheitskonferenz hörte man viele antiamerikanische Rufe wie „Ami go home“. Die von den USA geführte NATO sei vorrangig zu bekämpfen war eine verbreitete Meinung, wie u. a. auch die Umwidmung der

Parole „Nie wieder NATO – nie wieder Krieg!“ – eine Parole, die gegen den deutschen Faschismus gerichtet ist! – schließen ließ. Die Schlussfolgerung, dass Deutschland dem gegenüber eine Friedenspolitik vertritt, schien sich im Hotel Bayerischer Hof, dem Tagungs-

ort, zu bestätigen. Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb von „transatlantischen Brüchen“, weil Angela Merkel die von den USA befürworteten Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnte. Der SZ-Journalist kratzt aber nur an der Oberfläche: Denn trotz aller Dissonan-



zen ist man sich einig, dass es gegen Russland gehen muss, dass es langfristig als Konkurrent ausgeschaltet und zerlegt werden soll. Während jedoch Merkel vorläufig mit der neuen russischen Bourgeoisie auf friedliche Geschäfte setzt (Methode „Wandel durch Annäherung“), will Obama bald einen dauerhaften, blutigen Krieg an der Grenze Russlands, nach syrischem Muster – mit dem günstigen Nebeneffekt, dadurch den deutschen Monopolen das Geschäft zu verderben.

Die andere Variante von der angeblichen „Vasallenpolitik gegenüber den USA“, wie sie nicht nur im *Spiegel*, sondern auch in linken Blättern zu lesen ist, ist auch nicht schlüssiger. Zunächst ließ sich zwar das Verhalten der deutschen Politik- und Wirtschaftseliten im Ukraine-Konflikt so auslegen: Trotz der Ablehnung von Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland durch den „Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft“ stimmte die Bundesregierung zu – worauf die Industrievertreter einknickten, indem sie den „Primat der Politik“ beschworen. Die Zustimmung zu den Sanktionen widerspricht eindeutig den deutschen Kapital-Interessen, die Zustimmung erfolgte jedoch nicht aus „Vasallentreue“ oder „US-Hörigkeit“. Sie war u. a. das Resultat der ganz materiellen Überlegung, dass der russische Markt den US-Markt nicht ersetzen kann.

Würde ein Austritt Deutschlands aus der NATO an seiner Kriegspolitik etwas ändern? Der Artikel wird zeigen, dass das nicht der Fall ist.

## **1. Aufstieg Westdeutschlands mit Unterstützung der USA**

Hintergrund dieser Widersprüche ist das komplizierte deutsch-amerikanische Verhältnis, das seit der Annexion der DDR und der zunehmenden Hegemonie Deutschlands in der EU deutlich eine neue Dynamik erhalten hat.

Von 1945 bis 1990 waren die USA tonangebend im westlichen Block. Solange es die Sowjetunion gab, konnten die USA Geschlossenheit unter ihrer Führung erzwingen, da sie den Druck der Systemkonkurrenz geltend machen konnten.

Während wir den 8. Mai als Tag der Befreiung begehen werden – für

die herrschende Klasse wird er immer der Jahrestag der Niederlage bleiben. Vor dem gänzlichen Verlust der Staatsmacht rettete sie damals der US-Imperialismus, dem sie sich als Garant gegen den drohenden Ansturm des Bolschewismus, als Bollwerk gegen den Osten, andiente. Seitdem beeinflussen die sogenannten Atlantiker, die das Bündnis mit den USA beschwören, maßgeblich die deutsche Politik: „Die USA werden von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben“, so Arend Oetker, damaliger Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke [1]. Merkel ist bekennende Transatlantikerin: Im Windschatten der USA glaubt sie die deutschen (und gemeinsamen) Interessen bei der Ausplünderung der Welt gut aufgehoben.

Doch Grundlage für den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus in West-Deutschland waren nicht die USA, sondern Europa. Mit der EWG 1958, aus der sich die EG entwickelte, wurde die „europäische Gemeinschaft“ zum Sprungbrett für die starke deutsche Industrie. Entscheidend war das Bündnis mit Frankreich.

Noch gegen den Widerstand Frankreichs erfolgte die Wiederbewaffnung – notwendig für die Wiedererringung der vollen politischen Macht. Es waren die USA, die auf die Remilitarisierung drängten, und schon 1955 wurde die BRD auch Mitglied der NATO. Auch die europäische Aufrüstung der EG/EU liegt durchaus im Interesse der USA, die in Europa entlastet werden wollen, um ihre Kräfte nach Asien gegen China richten zu können. Damit aber wird auch „der Stellenwert der USA“ für die militärische Verteidigung der Bundesrepublik „merklich“ verringert und die „Interessenunterschiede“ rücken „stärker in den Blick“. [2]

## **2. 1990 Ende der Bipolarität**

In seinem grundlegenden Buch zur Europapolitik „Entwurf für Europa“ (1966) empfahl Franz Josef Strauß, mit Frankreich zu kooperieren und auf diesem Weg den Widerstand Großbritannien gegen ein Erstarken Westdeutschlands und gegen eine deutsche Wiedervereinigung aufzuweichen und so eine europäische Großmacht gegen die USA zu schaffen. Strauß war es auch, der 1969 das schlechte Gewissen der Deutschen entlastete: „Ein

Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen“ [3]. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts begannen die deutschen Monopolherren den Handel mit der Sowjetunion voranzutreiben, während die USA alle Kräfte in den Vietnam-Krieg steckten. 1979 wurde das Europäische Währungssystem (EWS), aus dem sich der Euro entwickelte, geschaffen – eine Konkurrenzwährung zum Dollar.

Der entscheidende Sprung für die Erringung der Hegemonie in der EU war die Annexion der DDR. Helmut Kohl ging auf die Bedeutung der Einverleibung der DDR in seiner ersten Regierungserklärung als „gesamtdeutscher Kanzler“ am 30. Januar 1991 ein: „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“ [4]

Schon zwei Jahre später präsentierte der deutsche Imperialismus mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien eine aggressive Militärstrategie. Deutschland meldete seinen weltpolitischen Anspruch an und proklamierte ungeniert den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. In ihnen wurden bereits die zwei Seiten im Verhältnis zu den Bündnispartnern – Konkurrenz und Kooperation – festgehalten: „Auf der Grundlage dieser Werte verfolgt Deutschland seine legitimen nationalen Interessen. Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die nationale Interessenlage ist daher auch Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates [...]. Die Nordatlantische Allianz bleibt Grundlage der Sicherheit Deutschlands. Sie verkörpert die strategische Einheit Europas und Nordamerikas. Nur im transatlantischen Verbund werden strategische Potenziale ausbalanciert und bleibt die gemeinsame Sicherheit der Bündnispartner erhalten. Die Allianz besitzt damit eine Stabilisierungsfunktion, die auf ganz Europa ausstrahlt. Auf der Basis dieser Kernfunktionen wird die europäische Dimension der NATO fortentwickelt werden und einen höheren Stellenwert erhalten. Konzepte, Kommando- und Streitkräf-



testrukturen müssen an künftige Erfordernisse im europäischen Rahmen angepasst werden.“

Von Klaus Kinkel wurde 1993 die Kohl'sche Feststellung konkretisiert: „Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden. Nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht.“ [5]

Die Einverleibung der DDR brachte zwar die ersehnte Souveränität, aber auch den erneuten Verzicht auf ABC-Waffen. Diese Schwäche bestärkte das Bündnis mit dem französischen Imperialismus, der seit 1960 über die Atomombe verfügt. Dazu kam der Aufbau eines europäischen Armeekorps und von Battle-Groups der EU-Armee. Im Lissabon-Vertrag wurde sogar der Zwang zur Aufrüstung festgehalten. Systematisch steigerte die Bundesregierung die Fähigkeit der Bundeswehr, Krieg zu führen. Mit dem Überfall auf Jugoslawien 1999 bewies sie, dass sie auch den Kriegseinsatz nicht scheut.

„Auf Augenhöhe“ ist die Floskel im Verhältnis zur Weltmacht USA. Gute Beziehungen zu Russland verbessern dabei die Position des vergrößerten Deutschlands, wobei gleichzeitig mit den Staaten, die mit Russland im Konflikt stehen, kooperiert wird. Diese Doppelstrategie steht jetzt auf dem Spiel. Noch im Mai 2014 schrieb die FAZ, Berlin wolle eine multipolare Weltordnung mit engen Bindungen an Russland. Doch im Februar 2015 übernimmt Deutschland eine führende Rolle beim Aufbau der neuen NATO-„Speerspitze“ in Osteuropa, d. h. sollte es zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen, stehen deutsche Truppen in vorderster Front gegen russische Truppen. Ist die russische Karte – mal mit, mal gegen Russland – noch ein Joker im Kampf mit den USA?

### 3. Anspruch auf Weltmachtgeltung

70 Jahre nach der letzten großen Niederlage orientiert Deutschland auf dieselben Ziele wie vor 1945, die sich im Wesentlichen bis heute nicht verändert haben. Verändert hat sich die Form der deutschen „Neuordnung“ Europas

durch die EU. Den Widerspruch Großbritannien gegen die Transformation der EU gemäß den deutschen Interessen konterte der Fraktionschef der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Volker Kauder: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen.“ [6]

Der deutsche Imperialismus hält sich dabei alle Optionen offen. Vorrang hat (noch) die Stärkung der EU, aber auch mit dem Rückzug auf ein „Kern-europa“, eine EU der zwei Geschwindigkeiten, wurde gedroht. Und selbst die Konzeption eines aggressiven deutschen Sonderwegs ist nicht bloß Geschichte, wie das Papier der CDU/CSU-Fraktion – das so genannte Schäuble-Lamers-Papier – vom 1. September (!) 1994 beweist: „Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-) europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen“ [7]. Unverhüllt drohten zwei hochrangige CDU-Politiker mit einem Alleingang Deutschlands, dem Weg der aggressivsten Teile seines Finanzkapitals, die die Welt mit Krieg und Faschismus überzögen, falls die Pläne zur Osterweiterung nicht realisiert würden.

### 4. Neue Widersprüche brechen auf

Natürlich werden dadurch auch neue Widersprüche zu den USA produziert. „Ein handlungsfähiges Europa wird zum Konkurrenten Amerikas“ [8]. Die SPD steht dabei hinter der CDU/CSU nicht zurück: Gerhard Schröder betrieb als Bundeskanzler die „Enttabuisierung des Militärischen“, um die Interessen des deutschen Großkapitals zu artikulieren, das seinen zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten begegnen will.

Die EU hat sich im Jahr 2000 das Ziel gesetzt, binnen zehn Jahren „Amerika zu überholen und zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu werden“ [9]. Das klingt harmlos, klingt nach friedlichem Wettbewerb. Doch die Welt ist aufgeteilt. Es bedeutet daher nichts anderes, als das Eindringen in die Absatzmärkte und Rohstoffbasen, die Einflusszonen der US-Konzerne. Siemens und VW, Allianz und Deutsche Bank u. a. stehen

bereit. Die Positionen gegenüber den USA wurden in den nächsten Jahren noch aggressiver: Deutschland sei, so eine Denkschrift der SPD-Grundwertekommission im Jahre 2005, an einem wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum mit einem Hinterhof interessiert, der sich bis nach Zentralasien und in den Nahen Osten erstreckt. Jetzt gehe es um die grundsätzliche Entscheidung, ob die großen westlichen Nationen sich weiter der US-Führung unterordnen, eine instabile und unakzeptable Ordnung hinzunehmen oder durch Ausbau der eigenen Machtmittel eine den eigenen Interessen entsprechende globale politische Ordnung zu etablieren [10]. Die *Frankfurter Rundschau* kommentierte: Deutschland habe ein „legitimes eigenes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist“ [11]. Es müsse „als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa“ für ein Europa eintreten, das in der Lage sei, sich „gegen äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren“. Aus dem Großraum müssen die USA hinausgedrängt werden. „Deutschland muss dafür eintreten, dass Europa zu seinen Nachbarn eine besonders intensive, konstruktive und dauerhafte Partnerschaft aufbaut, welche die Lösung der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der europäischen Nachbarschaft – nicht wie bisher – vorwiegend den Vereinigten Staaten überlässt.“

Federica Mogherini, neue Außenbeauftragte der EU, erklärte im Mai 2014 bei einer deutsch-italienischen Wirtschaftstagung, wo sie u. a. Schröders Agenda 2010 „eine große Inspiration“ nannte: „Wir brauchen außenpolitisch mehr Europa – mehr Europa auch gegenüber den USA.“ [12]

Zu Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz vor einem Jahr forderte Bundespräsident Gauck ein Ende der Zurückhaltung und eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt. Ausdrücklich schloss er darin militärisches Engagement ein [13]. „In einer Welt voller Krisen und Umbrüche“ brauche das Land eine aktive und „militärische Außenpolitik“. Keine Konfliktregion werde mehr allein den USA überlassen.



Deutschland ist die treibende Kraft in Europa bei den Beschlüssen für die „Ausgestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP). Obwohl die ESVP auf Partnerschaft mit der NATO beruht, soll sie auch „selbstständiges europäisches Handeln, wo die NATO nicht tätig sein muss oder will“, ermöglichen – eine weitere Kampfansage an die USA.

Ökonomisch kann Deutschland seit Jahren Wachstum und steigende Hegemonie in der EU vorweisen, während die USA an Einfluss verloren haben, was sie durch aggressive Einsätze ihrer Militärmacht kompensieren. Deutschland ist nach wie vor auf diese Militärmacht angewiesen. Das zeigte sich, als die deutsche Regierung den Vorstoß zur Zerlegung Jugoslawiens unternahm. Um ihn erfolgreich zu Ende zu führen, war die US-Militärmaschine nötig. Die Eskalation gegen den Irak und den Iran und ebenso gegen Libyen und jetzt bei der Ukraine lag und liegt nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft, deren gute Geschäftsbeziehungen dadurch gestört werden – was auch ein Ziel der US-Imperialisten ist. Bedeutet die Unterordnung Deutschlands Vasallentreue? Mangelnde Souveränität? Mitnichten.

##### **5. Brzezinski: „no rivals“ – USA, die „einzige Weltmacht“**

Die Bundeswehr ist der US-Armee bei weitem nicht gewachsen. Im europäischen Raum kann Deutschland noch mithalten, mit den USA nicht. Für einen nationalen Alleingang ist man (noch) nicht gerüstet.

Die US-Regierung antwortet auf den ökonomischen Niedergang des Landes mit einer Steigerung des militaristischen Charakters seiner Außenpolitik. Nach Brzezinski müssen potenzielle Rivalen in die Schranken gewiesen werden. Die USA sind nach wie vor die Hauptaggressionsmacht weltweit.

Europa steht dabei nicht außen vor. Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Wesley Clark, lässt keinen Zweifel: „Ich warne die Europäer davor zu glauben, dass die USA im Rahmen der neuen Weltordnung Skrupel haben würden, auch in Europa militärisch zu intervenieren, wenn unsere Interessen gefährdet sind, und zwar mit allen Mitteln, einschließ-

lich Atomwaffen. Im Allgemeinen werden die USA danach streben, die meisten Länder im Zustand der Armut zu belassen, mit korrupten, aber gehorsamen Regimes. Ich gehe jedoch davon aus, dass die USA auch in Westeuropa intervenieren, auch wenn dies gegenwärtig manchen Leuten als absurde Idee vorkommen mag. Die USA würden eine europäische nukleare oder wirtschaftliche Großmacht nicht lange dulden!“ [14]. Deshalb braucht der deutsche Imperialismus solange „Vernunft-Transatlantiker“ wie Merkel, bis die Deutschland-geführte EU den USA **militärisch** auf Augenhöhe gegenüber treten kann. Bis dahin muss Frankreich politisch untergeordnet sein und die NATO-Strukturen so „deutsch-europäisch“ werden, dass sie neutralisiert werden können .

In einem neuen Dokument zur amerikanischen Militärplanung vom Juli 2014 wird das Pentagon aufgefordert, Pläne zu entwickeln, wie es bis zu sechs Kriege gleichzeitig führen könnte, darunter auch Kriege gegen atomar bewaffnete Gegner! An erster Stelle werden China und Russland wegen ihrer wachsenden Macht an die Spitze der Liste möglicher amerikanischer Zielobjekte gerückt. „Wir sind der Meinung (...), dass die Fähigkeit, einen globalen Krieg führen zu können, für eine Supermacht unabdingbar und daher für die Glaubwürdigkeit der amerikanischen nationalen Sicherheitsstrategie insgesamt entscheidend ist. In der heutigen Bedrohungsumgebung könnte es ohne weiteres sein, dass die Vereinigten Staaten gefordert sind, in mehreren Regionen zeitlich überlappend abzuschrecken oder zu kämpfen: auf der koreanischen Halbinsel, im Ostchinesischen oder Südchinesischen Meer, im Nahen Osten, in Südasiens und – durchaus möglich – in Europa. Die Vereinigten Staaten müssen sich auch darauf vorbereiten, mit atomar bewaffneten Gegnern konfrontiert zu sein.“

Die Schlussfolgerung, dass die anderen Imperialisten friedliebend seien, ist abzulehnen. Die zahllosen Kriege seit 1990 sind meist Stellvertreterkriege, mit denen die Konkurrenz der Imperialisten auf dem Rücken der unterdrückten Völker ausgetragen wird. Der Krieg hat seine Ursachen im Imperialismus. Und unsere Aufgabe ist es, immer wieder auf die Machenschaften

der eigenen Bourgeoisie hinzuweisen – sie ist der Hauptfeind!

##### **6. „Die Herrschenden wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen.“ (B. Brecht)**

Wie es schon den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 2011 zu entnehmen ist, schließen die deutschen Monopole den Weltkrieg nicht aus. Sie haben sich schneller weiterentwickelt als ihre Konkurrenten. Die Verteilung der Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Einflussgebiete entspricht nicht mehr den wirtschaftlichen Machtverhältnissen – darüber entscheidet allein die Macht, die letztendlich mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Noch geht es um Einflussphären, noch nicht um die Weltherrschaft. Sollte die Krise sich verschärfen, rückt der Krieg näher.

Das wissen auch die Herrschenden. Jean-Claude Juncker hat, als er noch Premier von Luxemburg war, im März 2013 erklärt: „Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur.“ [15]

##### **Quellen und Anmerkungen:**

- [1] Berliner Zeitung, 17.4.2002
- [2] Politikwissenschaftler Gunther Hellmann bei GermanForeignPolicy 15.8.2012
- [3] Frankfurter Rundschau, 13.9.1969
- [4] Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 30.1.1991
- [5] FAZ, 19.3.1993
- [6] www.spiegel.de, 14.11.2011
- [7] Überlegungen zur europäischen Politik, „Schäuble-Lamers-Papier“, Bonn 1.9.1994
- [8] Egon Bahr, Deutsche Interessen: Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik. München 2000, S. 31
- [9] SZ, 14.1.2003
- [10] Grundwerte für eine gerechte Weltordnung. Eine Denkschrift der Grundwertekommission der SPD zur internationalen Politik
- [11] Frankfurter Rundschau, 19.2.2003
- [12] Newsletter Zeit.de, 2.9.2014
- [13] FAZ, 31.1.2014
- [14] Wesley Clark, ehemaliger Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte, in: Jan van Helsing, Hände weg von diesem Buch, 1991
- [15] www.spiegel.de, 10.3.2013



# TRANSNATIONALER KAPITALISMUS?

## EINE ANTWORT AUF CONRAD SCHUHLER [1]

Was ist Imperialismus? Steht der Begriff für jene Phase des Kapitalismus, in der sich die Widersprüche zwischen imperialistischen Staaten verschärfen, sodass selbst Kriege unter ihnen möglich werden, werden sie nicht von anti-imperialistischen Kräften verhindert? Oder bringt der Imperialismus beständig einen Ausgleich seiner internen Widersprüche hervor? Für die erste Position steht in der Theorie der Arbeiterbewegung Lenin, und hier vor allem seine Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Für die zweite steht Karl Kautskys These von der „Phase des Ultraimperialismus, d. h. des Überimperialismus, der Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt, nicht aber ihres Kampfes, eine Phase der gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“. [2]

Der Verlauf der Geschichte gab Lenin Recht. Die zwei Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts hatten ihre Ursache in zwischenimperialistischen Widersprüchen. Im zweiten versuchten die Emporkömmlinge Deutschland, Italien und Japan, die etablierten Weltmächte USA, Großbritannien und Frankreich von der Führung zu verdrängen.

Zwar wird der Begriff „Ultraimperialismus“ heute kaum noch verwendet, doch als gedankliche Konstruktion ist die Vorstellung einer Milderung, wenn nicht gar Ausschaltung ihres Konkurrenzkampfes, weiterhin lebendig. Ausdruck davon geben Begriffe, die heute ein neues, da internationalisiertes Stadium der kapitalistischen Entwicklung beschwören. Die Rede ist von einer „Transnationalisierung“ [3], der Herrschaft einer „transnationalen Finanzoligarchie“ [4] oder von einem „transnationalen High-tech-Kapitalismus“ [5]. Sogar von nur noch nationalen bzw. europäischen Abteilungen eines „globalen Kapitals“ [6] ist die Rede. Neuerdings wird dafür der Begriff des „kooperativen Kapitalismus“ [7] verwendet. Den Ausgleich garantieren soll das die imperialistischen

Staaten beherrschende „transnationale Kapital“. Vor allem im Verhältnis zwischen den USA und der EU bzw. Deutschland soll das gelten.

### Deutsches Kapital zweitrangig?

In seinem Vortrag beim 21. Friedensratschlag in Kassel spricht demgemäß Conrad Schuhler davon, dass „es sich bei Kooperation und Konflikt zwischen den USA und Europa und dessen Zentralmacht nicht um einander entgegengesetzte nationale Kapitalgruppierungen handelt, sondern um ein transnationales Kapital, das in beiden Regionen die entscheidende wirtschaftliche Macht hinter den jeweiligen politischen Eliten darstellt“. Das deutsche Kapital sei dabei nur noch zweitrangig: „Deutschland ist in einem gewissen Sinn zu einer erweiterten ‚Homebase‘ des angloamerikanischen Kapitals geworden.“ Als Begründung führt er an: „Vor 13 Jahren lag der Anteil der angloamerikanischen Investoren am Kapital der größten deutschen Konzerne bei 33 Prozent, bis 2012 ist er auf 58 Prozent geklettert. Die große Mehrheit des DAX-Kapitals ist in der Hand von Anglo-Amerikanern.“ Verwiesen wird auf eine angeblich zentrale Rolle des US-amerikanischen Vermögensverwalters Blackrock: „Diese US-Firma ist nicht nur größter Aktionär der Deutschen Bank, sie ist auch Großaktionär bei allen übrigen DAX-Konzernen. Mit diesem Einfluss und mit diesem Insiderwissen ist sie eine entscheidende Größe in der deutschen Wirtschaftspolitik.“

Mit seiner Behauptung von der Unterordnung des deutschen unter das angloamerikanische Kapital, und hier vor allem unter die Macht von Blackrock, wärmt Schuhler aber nur eine Kontroverse auf, die 2013 in der *Zeitschrift Marxistische Erneuerung – Z* ausgetragen und geklärt wurde. Anlass dieses Streits war der Artikel „Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU“ von Kees van der Pijl und Otto Holman in Heft 93 der *Z*. Deren zentrale Aussa-

ge lautete, „dass das deutsche Kapital seine historische Position in der Weltwirtschaft im Zuge der Restauration der deutschen Vorrangstellung in Europa, die es mit dem zweiten Weltkrieg verloren hatte, wiedergewonnen hat.“ [8]

Auf Pijl/Holman antwortete im folgenden Heft 94 der *Z* Werner Rügemer. Er bestritt die zentrale Aussage von van der Pijl und Holman hinsichtlich der Rückgewinnung der historischen Position des deutschen Kapitals: „Das ist in einer gewissen Hinsicht richtig, im Wesentlichen aber falsch. Denn die deutsche Vormachtstellung in Europa und insbesondere in der EU ist überformt und durchdrungen durch angelsächsisches, insbesondere US-Kapital und ihrer Hilfstruppen“ [9]. Rügemer begründete das mit einer zentralen Rolle von Blackrock und anderen angelsächsischen Hedge Fonds und Vermögensverwaltern. Schuhler übernimmt in seinem Kasseler Vortrag wortwörtlich die Argumentation Rügemers, ohne dies allerdings kenntlich zu machen. Er verschweigt auch, dass der Angriff von Rügemer auf Pijl/Holman noch im gleichen Heft der *Z* von den Redakteuren der Zeitschrift, Jörg Goldberg und André Leisewitz, ausführlich beantwortet wurde.

### Stamokap ausgeklammert

Goldberg und Leisewitz bestritten darin, dass man unter „deutschem Kapital“ nur dasjenige verstehen darf, das auch im deutschen Eigentum steht. Diese zunächst paradox klingende These wird verständlich, berücksichtigt man, dass sich die Macht kapitalistischer Unternehmen erst voll entfalten kann, wenn sie national organisiert ist und so der jeweilige Nationalstaat zu einem mächtigen Hebel zur Durchsetzung ihrer Interessen wird. Sie benötigen ihn im Inneren zur Unterdrückung der gleichfalls im nationalstaatlichen Rahmen organisierten Arbeiterklasse. Und sie benötigen ihn im Äußeren, im imperialistischen Konkurrenzkampf mit anderen Kon-





zernen und deren Staaten. Zu Recht werfen Goldberg und Leisewitz daher Rügemer vor, dass er in seiner Kritik „die Beziehungen zwischen Kapital und Staat aus(klammert), was aber zur Bestimmung von Machtbeziehungen unerlässlich ist“ [10]. Gemeint ist hier das gesamte staatsmonopolistische Machtgeflecht. [11]

Deutschland ist für das hereinströmende ausländische Kapital ja vor allem deshalb so attraktiv, weil der bundesdeutsche Staat dem Kapital – ganz gleich, ob es sich nun um in- oder ausländisches handelt – eine gute Infrastruktur, Rechtssicherheit, eine gezähmte Arbeiterklasse sowie aufgrund der internationalen Machtstellung Deutschlands einen europäischen Binnenmarkt und eine aggressive Währungs- und Außenhandelspolitik bieten kann. Es ist demnach ein Kurzschluss, wenn Rügemer und ihm folgend Schuhler die starke Präsenz ausländischen und hier insbesondere US-amerikanischen Kapitals gleichsetzen mit einem Bedeutungsverlust des deutschen Kapitalismus, indem er kurzerhand als „angelsächsisch überformt“ (Rügemer) dargestellt oder der deutsche Staat gar zu einer „erweiterten ‚Homebase‘ des angloamerikanischen Kapitals“ (Schuhler) degradiert und damit verharmlost wird. Es gilt vielmehr das Gegenteil: Erst ein starkes, national organisiertes, staatsmonopolistisches Regime ist Voraussetzung, um im internationalen Wettbewerb um anlagesuchendes Kapital erfolgreich konkurrieren zu können. Und hier spielt der deutsche Staat bekanntlich in der ersten Liga.

Auf die Kritik von Goldberg und Leisewitz antwortete Rügemer in der Ausgabe 95 der Zeitschrift *Z* ausführlich. Doch berührte er den zentralen Einwand gegen seine Argumentation nur ganz am Rande: „Die Charakterisierung des Kapitals als ‚deutsch‘ beruht also lediglich auf einem politischen Kriterium. Dabei bleiben die Eigentumsverhältnisse vollkommen ausgeblendet. Es wird nicht einmal im Ansatz gefragt, wie das Kapital der Unternehmen in einem Staat überhaupt zusammengesetzt ist“ [12]. Die von ihm geforderte Konzentration auf die Frage, ob sich das Kapital jeweils im Eigentum von in- oder ausländischen Kapitalisten befindet, greift aber – wie dargestellt – viel zu kurz.

Aus der Geringschätzung der Politik durch Rügemer und Schuhler folgt, dass der von Gewerkschaften und linken Parteien im bürgerlichen Nationalstaat geführte Kampf um seine Veränderung und Überwindung für sie keinen wirklichen Sinn mehr macht. Denn geht es nach ihnen, so findet der Kampf gegen den Kapitalismus nur noch transnational und damit im Nirgendwo statt.

#### Quellen und Anmerkungen:

[1] Gegenstand der Kritik ist hier das Referat von Conrad Schuhler (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung – isw), „Europäer vs. Atlantiker“, gehalten beim 21. Friedensratschlag am 6./7.12.2014 in Kassel, <http://politik-im-spiegel.de/tag/conrad-schuhler/>. Zitate aus dem Referat werden im Text mit dem in Klammern gesetzten Namen des Referenten kenntlich gemacht.

- [2] Karl Kautsky, Zwei Schriften zum Umdenken, in: *Neue Zeit*, Bd. 2, Berlin 1915, S. 144
- [3] Mario Candeias, Kukas Oberndorfer, Anne Steckner, Neugründung Europas? Strategische Orientierungen, in: *Neues Deutschland* vom 10.2.2014
- [4] Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw), [www.isw-muenchen.de/download/seminar-imperialismus-Im-03.pdf](http://www.isw-muenchen.de/download/seminar-imperialismus-Im-03.pdf)
- [5] Wolfgang Fritz Haug, Der gesplante Kosmopolitismus des transnationalen High-tech-Kapitalismus. Editorial, in: *Das Argument* 282, 2009, S. 559
- [6] Conrad Schuhler, *Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt*, PapyRossa Verlag, Köln 2003, S. 151 + 153
- [7] Vgl. Deppe, Frank, *Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „neuer Verantwortung“*, Hamburg 2014
- [8] Kees van der Pijl und Otto Holman, Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 93, März 2013, S. 95ff
- [9] Werner Rügemer, Deutsches Kapital beherrscht Europa? In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 94, Juni 2013, S.170
- [10] Jörg Goldberg/André Leisewitz, Kapital und Nationalität, Kommentar zu Werner Rügemers Kritik an van der Pijl/Holman in *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 94, Juni 2013, S. 173ff
- [11] Vgl. hierzu Gretchen Binus, Beate Landefeld, Andreas Wehr, *Staatsmonopolistischer Kapitalismus*, PapyRossa Verlag, Köln 2014, hier vor allem das Kapitel „Kontrolle durch ausländische Finanzinvestoren?“, S. 79ff
- [12] Werner Rügemer, „Deutsches“ Kapital? Gibt es das (noch)? Ist das eine wichtige Frage? in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 95, September 2013, S. 160ff



*Kurt Gossweiler*

# DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS

## UND DER PLATZ DES FASCHISMUS IN SEINEM HERRSCHAFTSSYSTEM HEUTE

Das 20. Jahrhundert war ausgefüllt mit dem Kampf „Wer-Wen?“ zwischen dem niedergehenden Imperialismus und dem bis 1975 unaufhaltsam aufsteigenden Sozialismus. Seine für den Kampf gegen die Sowjetunion unentbehrliche Rolle gab dem deutschen Imperialismus die Möglichkeit, nach seiner totalen Niederlage am Ende

seines ersten bewaffneten Griffs nach der Weltmacht mit Hilfe der Sieger in kürzester Zeit wieder so weit erstarkt und gerüstet zu sein, dass er sich in sein zweites Weltherrschaft-Eroberungs-Abenteuer stürzen konnte. Auch nach seiner noch verheerenderen Niederlage 1945 halfen ihm die Sieger – und hier vor allem die zur Supermacht

aufgestiegenen USA – wieder dazu, in Kurzem erneut zur stärksten imperialistischen Macht des kapitalistischen Europas aufzusteigen als Hauptkraft im Kampf gegen die Sowjetunion und deren Verbündete, an erster Stelle gegen deren westlichsten, die Deutsche Demokratische Republik.



Als dann gegen Ende des Jahrhunderts dank der 30-jährigen Unterminierungsarbeit der revisionistischen 5. Kolonne des Imperialismus im Machtzentrum der Sowjetunion diese zusammenbrach und mit ihr ihre europäischen Partner von der politischen Landkarte Europas verschwanden, war dies für alle imperialistischen Länder – und ganz besonders für die Bundesrepublik Deutschland wegen der Annexion der DDR – ein großer Sieg. Aber dieser Sieg bedeutete für den deutschen Imperialismus zugleich einen folgenreichen Verlust: Verloren gegangen war der gemeinsame Feind des Weltimperialismus, dessen Existenz es der deutsche Imperialismus verdankt hatte, dass seine Rivalen ihn nach seinen beiden Niederlagen nicht liquidierten, sondern – immer wieder um sein rasches Erstarken besorgt – hochpöpelten.

Nun befindet er sich in einer völlig anderen Situation: Zwar ist er noch immer „verbündeter NATO-Partner“ der USA, aber der beiden gemeinsame Feind ist verschwunden, geblieben aber ist ihre Rivalität, und die ist aufgrund der neuen Weltsituation um ein Vielfaches verschärft.

Denn das Ende des „Sowjetblocks“ war zugleich der Startschuss für den Beginn einer neuen Runde im Kampf der imperialistischen Staaten um die Neuaufteilung der Welt. Dabei geht es jetzt erstens um die Erlangung des größten Stückes der Beute aus dem Zerfall der „Zweiten Welt“, der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas; dabei geht es zweitens um die Rekolonialisierung bzw. durchgängige Neo-Kolonialisierung der Länder der „Dritten Welt“, denen mit der Sowjetunion und deren europäischen Verbündeten ein wichtiger Rückhalt in ihrem Widerstand gegen die imperialistischen Aggressionen verloren gegangen ist. Verflochten damit geht es drittens

um den Kampf um die immer knapper werdenden Rohstoffressourcen, vor allem um jene nur noch für Jahrzehnte ausreichenden des Erdöls. Aber es zeichnet sich ab, dass auch schon jetzt und erst recht in der Zukunft das Trinkwasser zu den umkämpften Naturressourcen gehört. In diesem Kampf um die Neuaufteilung der Welt gibt es nur eine Supermacht – die USA, die es als ihr unantastbares Recht ansehen, die „neue Weltordnung“ allein nach ihren Interessen und Vorstellungen der übrigen Welt aufzuzwingen.

Gewöhnlich spricht man davon, dass es für die USA nur noch zwei ernstzunehmende imperialistische Rivalen gibt – Deutschland und Japan. Aber von den beiden kann gegenwärtig wohl nur von Deutschland als einem wirklich ernsthaften Rivalen gesprochen werden; denn Japan steht noch immer unter einer starken USA-Kontrolle und hat keineswegs die Bewegungsfreiheit wie die BRD. Und zum anderen hat Japan im Unterschied zu seiner Position vor dem zweiten Weltkrieg seine Vorherrschaft über den ostasiatischen Kontinent verloren, sieht sich vielmehr in atemberaubendem Tempo zur stärksten ökonomischen Macht Asiens heranwachsenden Volksrepublik China gegenüber.

Ganz anders die Position der BRD. Der deutsche Imperialismus hat aus den zwei Niederlagen – die er erlitt, als er im Alleingang bzw. mit nur so schwachen Bundesgenossen wie Österreich und Türkei im ersten, Italien und den Satellitenstaaten der „Achse“ Berlin-Rom in Europa im zweiten Weltkrieg glaubte, die ganze übrige Welt niederzuringen zu können – gelernt und daraus die Schlussfolgerung gezogen: Er kann den dritten Anlauf zum Griff nach der Weltherrschaft nicht mehr mit einem durch Waffengewalt unterworfenen Europa als Hinterland unternehmen, sondern nur mit einem Europa, das

Deutschland als die stärkste ökonomische und politische Macht des Kontinents als Führungskraft einer Europäischen Union anzuerkennen bereit ist.

In der Tat hat die BRD als stärkste ökonomische Macht in Europa und dritt- oder gar zweitstärkste ökonomische Macht in der Welt die Vorherrschaft in der Europäischen Union erlangt und strebt danach, die Europäische Union unter deutscher Führung zur ökonomisch, politisch und militärisch den USA zunächst ebenbürtigen, dann aber sie überholenden Macht auszubauen.

(...) Wenn der deutsche Imperialismus diese Europäische Union zu der Basis gestalten will, von der aus er den Kampf mit dem USA-Imperialismus als Kampf aller Mitglieder der EU und des ganzen Kontinents Europa um die Nummer 1 im Weltmaßstab mit Erfolg führen kann, dann muss er die Empfindlichkeit der europäischen Völker, die er im zweiten Weltkrieg unter seine Stiefel getreten hat, berücksichtigen, dann gefährden schrille revanchistische und nationalistische „Deutschland über alles!“-Töne noch mehr als die Duldung von Antisemitismus das Vorhaben. An ihre Stelle muss die Propagierung eines „Europa-Patriotismus“ treten, zu dem jedoch gehören darf und soll, dass die „deutschen Tugenden“ tragende Elemente eines Europas auf dem Wege „zur modernsten, sich am raschesten entwickelnden und wissenschaftlich führenden Region“ sind.

*Auszug aus „Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute“, in Roland Bach u. a. (Hrsg.), „Antifaschistisches Erbe in Europa – Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter“, Eigenverlag, Berlin 2005, S. 121–133*



Johannes Magel

## FRIEDENSKAMPF 2015

Gauck, von der Leyen, Steinmeier – dieses politische Personal steht für den Kurs, die Kriegsfähigkeit des

deutschen Imperialismus zu stärken. Eines der zentralen Probleme, das die herrschende Klasse Deutsch-

lands dabei hat, ist der Unwille in der großen Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands, eine aktive Kriegspo-



litik zu unterstützen. Diese Haltung in der Bevölkerung ist für die Herrschenden ein Problem, das es zu überwinden gilt.

Die Schwäche dieser grundsätzlichen Friedenshaltung ist ihr diffuser Charakter und der Mangel an politisch konkreter Artikulation. In dieser Situation war die Initiative der führenden Köpfe der *Kooperation für den Frieden* um Reiner Braun, die Friedensbewegung wieder zu einer Massenbewegung auf den Straßen und Plätzen dieses Landes zu entwickeln, eine politische Tat. Die von ihnen initiierte Kampagne *Friedenswinter 2014* war in der Lage, die politische Lähmung der Friedenskräfte im Jahr 2014 ansatzweise zu überwinden.

Die wütenden Angriffe auf die Kampagne *Friedenswinter 2014* aus unterschiedlichen politischen Richtungen zeigen, dass hier eine der entscheidenden Kontroversen für die politische Entwicklung in Deutschland ausgefochten wird. Dass die Medien des so genannten Qualitätsjournalismus, die sich auch selbst als Geschäftsbesorger der herrschenden Klasse sehen, kübelweise Dreck über die Initiatoren auskippten, ist nicht verblüffend.

Auf den ersten Blick erstaunlicher war, dass sich eine Reihe von Streitgenossen aus dem Linksspektrum einfand, um lautstark zu assistieren. Aufklärerisch wirkt die Frage nach der Interessenlage dieser Kräfte. Der rechte Flügel der Linkspartei kämpft um die Hegemonie innerhalb der Organisation. Die von Gysi, Lederer u. a. betriebene scheinbarweise Auflösung der pazifistischen Beschlusslage in der Linkspartei würde durch aktive Friedenskräfte auf der Straße behindert. Die Kräfte in der Linkspartei, die mit Gabriel und Steinmeier in die Regierung wollen, wissen, dass sie den Linkspazifismus in der eigenen Organisation zuvor demontieren müssen; und dafür kämpfen sie mit allen Tricks und Kniffen.

Der Zersetzungs- und Umformungsprozess der *autonomen Linken* hat die so genannten *Antideutschen* hervorgebracht. Es handelt sich im Kern um eine pro-imperialistische rechte Schimäre: links getarnte Parteigänger des imperialistischen Krieges. Dass dieses Milieu, teilweise mit dem

rechten Flügel der Linkspartei verbunden, hier zu Höhenflügen der Denunziation ansetzte, kann nicht ernsthaft überraschen.

Ein reales politisches Problem, das im Zuge eines neuen Aufschwungs der Friedensbewegung gelöst werden muss, ist die politische und ideologische Einwirkung von rechts. Es ist eine einfache Erkenntnis, dass Bewegungen, die das Potenzial haben, die herrschende Klasse in Bedrängnis zu bringen, aus deren Sicht rechtzeitig unterlaufen und zersetzt werden müssen. Das geschieht heute im Zeitalter der „Politikberatung“ und der mittlerweile etablierten Massenmanipulation durch Medien, politische Stiftungen aber auch durch die „Dienste“ planmäßiger als zu Zeiten der Oktoberrevolution. Die Hoffnung, solchen Angriffen durch vorgelagerte *Political-Correctness*-Debatten aus dem Weg gehen zu können, ist allerdings politisch naiv und hasenfüßig. Es ist schlicht unsinnig, auf tatsächliche oder vermeintliche Vereinnahmungsversuche von rechts mit Nichtstun und Schreckstarre zu reagieren. Die linken und demokratischen Kräfte sollten sich zutrauen, die Friedensbewegung neu aufzubauen **und gleichzeitig** im Verlauf dieses Neuaufbaus die Rechten aus der Bewegung hinaus zu befördern!

### **Kernfragen**

Die Stärke der deutschen Friedensbewegung der 1980er Jahre war ihre Breite, was das politische Spektrum und die soziale Basis anging, aber auch genügend Klarheit in Bezug auf die zentrale Frage nach den Ursachen und nach den Verursachern der Friedensgefährdung. Auf dieser Basis beruhte der Konsens, dass die Stoßrichtung gegen die friedensgefährdende Politik der hiesigen Herrschenden zu richten war. Diese Lehre ist zu beherzigen. Diese zentralen Fragen richtig zu bestimmen ist eine der Erfolgsvoraussetzungen des Friedenskampfes 2015.

Der deutsche Imperialismus setzt auf verbesserte Kriegsfähigkeit. Der Zusammenhang ist bekannt: Militär und Geheimdienste müssen weiter einer forcierten Umrüstung und Umqualifizierung des Personals unterzogen werden. Das ist teuer. Ohne hier lange zu argumentieren ist klar, dass die Kosten für Militär und Geheimdienst zu-

lasten der so genannten Sozialkosten gehen. Daraus ergibt sich, die Frage der Verschlechterung der Lebenslage der Mehrheit der Bevölkerung mit der Frage der Militär- und Geheimdienstkosten in Verbindung zu bringen. Einer der klassischen und erfolgreichen Ansätze der DKP im Friedenskampf!

Eine politisch wirksame Friedensbewegung verlangt auch Bewegung in den Betrieben. Das wird nicht von heute auf morgen passieren, aber gerade an diesem Kampfabschnitt Fortschritte zu erreichen sollte für die Kommunistinnen und Kommunisten eine zentrale Aufgabe sein. Die oben genannte antimilitaristische Position verstärkt in den Gewerkschaften zu vertreten könnte zum entscheidenden Hebel werden, die derzeitige gewerkschaftliche Abstinenz in der Frage von Krieg und Frieden zu überwinden. D. h. im Klartext, die Position der Klassenzusammenarbeit anzugreifen und in die Defensive zu drängen.

Die Debatte der vergangenen Monate sollte die Erkenntnis gefestigt haben, dass die Politik der EU und der NATO – was im Kern heißt Deutschlands und der USA – sich aggressiv gegen die Russische Föderation richtet. Diese Politik, unter den Bedingungen imperialistischer Konkurrenz betrieben, ist der Motor des Ukraine-Konflikts, der die Kriegsgefahr in Europa drastisch verschärft hat. Die deutsche Linke, allen voran die DKP, sollte in den Neuaufbau der Friedensbewegung die Position einbringen, dass Frieden in Europa verlangt, die legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation zu wahren. Nur eine Politik, die militärische Drohungen ausschließt und auf Kooperation und gute Nachbarschaft mit Russland zielt, dient den Friedensinteressen der Bevölkerung in Deutschland. Insofern kann es *keine Politik der politischen Äquidistanz* zu Russland einerseits und zu Deutschland und den USA andererseits geben.

Mit der Erklärung *Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!* vom Dezember 2014, die u. a. von Schröder und Herzog unterschrieben ist, wird deutlich, dass Teile der deutschen Bourgeoisie und ihres politischen Personals derzeit einen Kurs der gesteigerten Aggressivität gegenüber Russland nicht mittragen wollen. Längerfristig setzt dieser Teil der Bourgeoisie in

gleichem Maße auf die Zersetzung und Zerlegung der Russischen Föderation, wie die Teile, die jetzt bereits zu einer militärischen Konfrontation blasen. Eine selbstbewusste Friedensbewegung, der es gelingt, sich wieder zu einer Massenbewegung zu entwickeln, täte gut daran, illusionsfrei auch auf diese politischen Kräfte zuzugehen.

Der Ukraine-Konflikt hat gezeigt, dass sich im Hause Merkel-Gabriel-Steinmeier niemand zu schade ist, mit faschistischen Kräften in der Ukraine zusammenzuarbeiten, wenn es denn einem „guten“ imperialistischen Zweck dient. Allein dieses Schlaglicht macht

deutlich, dass die Aufstandskräfte im Osten der Ukraine, in Donezk und Lugansk, ein Teil des antifaschistischen Widerstands in der Ukraine sind. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Kiewer Putschisten vom Februar 2014 sich nicht im ganzen Land durchsetzen konnten. Es sollte auch klar sein, dass diese Aufstandskräfte bisher verhindern konnten, dass die russische Bevölkerung im Osten der Ukraine ein ähnliches Schicksal wie die Serben in der Kraina und im Kosovo erlitten haben. Ganz konkret die Frage der Verbindung von antifaschistischem Kampf und Kampf um den Frieden in den Neuaufbau der

Friedensbewegung einzubringen sollte sich die DKP nicht nehmen lassen.

Das Jahr 2015 bietet die Chance, die Friedensbewegung wieder zu einem machtvollen Faktor in der deutschen politischen Landschaft zu machen. Die deutsche Linke, und mit ihr die DKP, kann dazu den entscheidenden Beitrag leisten, indem sie die richtigen Fragen in den Vordergrund rückt, geduldig und flexibel die Entstehung breiter Bündnisse fördert und vor allem darauf zielt, wieder machtvolle Demonstrationen zu organisieren.



Klaus Linder

## DAS GANZ ANDERE GRÜNDET EINEN VEREIN UND WIRD INTERNATIONAL

Der Verein „Marxistische Linke“ (kurz: *VEREIN*) hat *Thesen zur Internationalen Politik* verfasst. Die ideologische Basis des Papiers sind die durch den XIX. Parteitag der DKP zurückgewiesenen *Politischen Thesen*, die die marxistisch-leninistische Grundlage der DKP u. a. durch folgende Punkte zu liquidieren suchten: die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt sowie die Avantgarde-Rolle der KP wurden verworfen; die Imperialismus-Theorie Lenins wurde durch die These eines kollektiven Imperialismus ersetzt; die EU wurde nicht als imperialistisches Staatenbündnis betrachtet, das auf dem Wege der Reformen nicht überwunden werden kann. Zur weiteren Verwirrung trug der irreführende Gebrauch der Wörter *transnational* (im Sinne des Ultra-Imperialismus) und *Neoliberalismus* bei, so als ob es sich nicht um eine Ideologieform, sondern um eine Gesellschaftsformation handele.

Mit der Absage an die historische Mission der Arbeiterklasse wurden an Stelle des revolutionären Klassenkampfes Illusionen über die generelle Reformierbarkeit des Gesellschafts-systems und seine *Transformation* verbreitet. Zugleich mit der Herabsetzung des Begriffs der *Diktatur des Proletariats* wurde die verheißungsvolle Parole ausgegeben, es gehe ums

„Ganz Andere“. Dieser Rückgriff auf die Geschichtsmystik der reaktionär gewordenen Frankfurter Schule bedeutete auch die Verabschiedung von der marxistischen Figur der Negation der Negation. Die Praxis wird ins politische Jenseits verlegt.

Die *Thesen zur Internationalen Politik* fügen dem nichts Neues hinzu. Sie dienen dem Zweck, die internationale Entwicklung als Bestätigung ihres unveränderten revisionistischen Standpunkts zu deuten und außerdem Politikfelder so zu besetzen, dass rechtsopportunistische Zielstellungen mit linksradikalen Gemeinplätzen zu verbinden und bis zum XXI. Parteitag in Stellung zu bringen wären. Zum Verfahren gehört die kecke Behauptung: „Unsere internationalen Beziehungen beruhen **nicht auf einer ideologischen Basis**“. In Wahrheit ist die Organisation einer neuen ideologischen Basis der Existenzgrund des *VEREINs*.

### Übergang wohin?

Wenn auch der politische Globus der *Thesen zur Internationalen Politik* recht zusammengeschrumpft ist – das Papier geht aufs Ganze: „Im internationalen Rahmen **befinden wir uns** in einer Übergangsphase von einer unilateralen, durch die USA geführten

Weltordnung zu einer multipolaren Weltordnung.“ Inhaltlich bestimmt ist nur das „uni“ durch die Hegemonie der imperialistischen Hauptmacht. Über das „multi“ und den Weg dorthin wird nichts gesagt. Der Begriff der Übergangsphase impliziert, dass die bisherige Hegemonie erschüttert sei. Den Charakter dieser Phase im marxistischen Sinne zu analysieren würde die Nennung handelnder Subjekte erfordern, ihre Einordnung in das politische System des Imperialismus und die Bewegungsform seiner Widersprüche. Der *VEREIN* zieht die subjektlose Darstellung vor. Die nähere Bestimmung dieser Übergangsphase würde auch die Einschätzung der gegenwärtigen Bedrohung des Weltfriedens bedingen. Ein Grundsatzpapier zur Weltpolitik zu veröffentlichen, in dem Russland, die Ukraine und der Donbass mit keinem Wort erwähnt werden, ist dreist.

Bei einer *multipolaren Weltordnung* (unter imperialistischen Bedingungen eine antagonistische) ist entscheidend, inwieweit es sich um konkurrierende Imperialismen handelt, die die Hegemonie im Kampf um die Neuaufteilung der Welt herausfordern und inwieweit sie durch Mächte infrage gestellt wird, die sich dem imperialistischen Angriff nicht unterwerfen, *ohne jedoch selber imperialistisch zu sein*. Diese Un-





terscheidung zwischen Mächten, die in konkreten Situationen fortschrittlich und friedenserhaltend wirken, und wesentlich reaktionären angreifenden Mächten, wäre nötig, um in der Friedensfrage, die im Papier angesprochen wird, Position zu beziehen. Ohne die Leninsche Imperialismustheorie ist das jedoch unmöglich, nur mit ihr kann der gesetzmäßige Prozess der ungleichmäßigen Entwicklung begriffen werden. Als Urheber von „Spaltungen“ wird eine wiederum subjektlose „neoliberale Globalisierung“ ausgemacht, die für eine „grenzenlose Ausbeutung durch transnationales Kapital“ über die „erdrückende Mehrheit der Weltbevölkerung“ verantwortlich sei. Entsprechend wird im Papier (tautologisch) von „Strukturen der heutigen durch kapitalistischen Ausbeutung strukturierten Weltgesellschaft“ gesprochen. Unschwer ist zu erkennen, dass die These des Kollektiven Imperialismus wieder aufgewärmt wird. Antiimperialistischer Friedenspolitik wird auf dieser Grundlage schon vorsorglich die Spitze gebrochen durch die falsch gestellte Alternative nicht „gegen diesen oder jenen Krieg zu protestieren“, sondern „für den Frieden“.

Die *Multipolare Weltordnung* erscheint so als zwingendes Resultat eines Geschehens ohne kenntliche Akteure und Klasseninhalte. Es wird uns lediglich mitgeteilt, dass „neue Führungsgruppen um einen Platz in der entstehenden multipolaren Weltordnung kämpfen“. Grundbegriffe marxistischer Analyse werden ersetzt durch abstrakt-formale Bezeichnungen („neue Führungsgruppen“). Die Monopolbourgeoisie wird aus dem „globalen“ Weltbild ebenso herausretuschiert wie das durch „Bewegungen“ ersetzte Proletariat und die Klassenkämpfe beider. Wir erfahren nicht, ob die „neuen Führungsgruppen“ Teil einer Kompradorenbourgeoisie oder einer nationalen Bourgeoisie sind. Der Kampf der Nationen um Souveränität und gegen Kolonialisierung wird ersetzt durch die Plattitüde „der kulturellen Identität großer und kleiner Zivilisationen, die die Globalisierung in ihrer Existenz bedroht“ – als seien die Bedingungen der Völker des brasilianischen Regenwaldes, Ex-Jugoslawiens, der EU oder im Nahen Osten die gleichen.

## Alternatives Modell?

Obschon nicht vom Imperialismus als zusammenhängendes System ist die Rede von „alten imperialistischen Mächten“. Damit suggeriert das Papier entweder, dass inzwischen **neue** imperialistische Mächte ins Weltgeschehen eingreifen – wenn ja, müsste gesagt werden welche; oder, dass die „alten“ nur mehr als Relikte im Weltzustand „neoliberaler Globalisierung“ vorhanden sind.

Zunächst stünde eine Einschätzung der Rolle der BRICS-Staaten an. Über sie wird nur gesagt: Erstens, dass sie die USA „und die anderen kapitalistischen Metropolen“ herausfordern und Zweitens, dass sie kein „alternatives ideologisches und politisches Modell haben“ und kapitalistisch sind, womit dasselbe Modell wie das der Imperialisten unterstellt wird. Es ist ein Fehlschluss der Autoren, die BRICS-Länder seien durchweg imperialistisch. Angesichts der imperialistischen Frontbildung dürfen die Hoffnungen, die auf die Politik von BRICS-Staaten zu setzen sind, nicht mit bloßem Verweis auf ihre kapitalistische Verfasstheit beiseite gewischt werden; das wäre ein linksopportunistischer Kurzschluss. Und vollkommen unklar bleibt, was oder wer gemeint sein soll mit dem Begriff des „reaktionären Antiimperialismus“, gegen den der *VEREIN* sich verwahrt.

Die Beschwörung des Aufbruchs zu einer neuen Weltordnung hat für eine antikommunistische Argumentation nur Wert, wenn die angeblich einzigen Gegenkräfte im Sinne einer Verschiebung des proletarisch-internationalistischen Kräfteverhältnisses hin zu „Bewegungen“ und Parteien des dritten Weges – seien sie sozialdemokratisch oder linksradikal – instrumentalisiert werden können. Als Gegenkräfte figurieren hier: „einige Länder Lateinamerikas“, „Syriza“ und verwandte aus dem Boden geschossene Parteien sowie die in Waffenbrüderschaft mit den USA und antisyrischen Kampfverbänden gegen den IS kämpfenden syrischen KurdInnen.

Rojava wird in eine Schlüsselposition erhoben, weil dort „Vorstellungen“ wirksam seien, die laut *VEREIN* in „radikalem Widerspruch“ sowohl zur „Neuordnung des Nahen Ostens“ als auch zum „modernen Kapitalismus“

stünden, da sie das „Projekt“ einer demokratischen, geschlechterbefreiten (sic!), radikaldemokratischen Alternative „entwickeln“ würden. Fragen, die nicht gestellt werden, sind die nach den materiellen (Klassen-)Voraussetzungen von „Vorstellungen“ und „Projekten“; die nach notwendiger antiimperialistischer Bündnispolitik, eben um z. B. die Neuordnung Syriens tatsächlich zu verhindern, dessen Zentralregierung und Bündnispartner ja ebenfalls in einem opferreichen Kampf sowohl gegen den IS als auch die Verbündeten Rojavas, die USA und FSA-Verbände stehen. (Syrien wird als Staat nur deshalb erwähnt, weil damit kurdisch-Rojava geographisch verortet wird, nicht weil es der imperialistischen Zerstückelung widersteht).

Angesichts der Gefahr, dass absehbar in Rojava oder Griechenland Illusionen zu scheitern drohen, verbietet sich alle Häme, und jeder Erfolg ist angesichts von Rückschlägen zu unterstützen. Es geht nicht darum, strategischen und taktischen Entscheidungen moralische Noten zu erteilen, sondern die ideologische Funktion aufzuzeigen, mit der die Kämpfe, z. B. der syrischen KurdInnen, zur Erhärtung der Positionen des *VEREINs* befrachtet werden. Rojava dient hier zum Aufgreifen eines post-marxistischen, radikaldemokratisch-feministisch-ökologischen Modediskurses. Beliebigkeit wird dabei in Kauf genommen: zum Beispiel gilt für Lateinamerika die Intervention des Staates als „Überwindung des Neoliberalismus“, bei Syrien jedoch wird die „radikaldemokratische“, anarchisierend dezentrale Zurücknahme von Staatlichkeit gepriesen, und das bei der Perspektive gewaltsamen Zerfalls.

## Bündnispartner

*Der VEREIN* basiert seine „internationalen Beziehungen“ auf „einen umfassenden Dialog mit allen progressiven, emanzipatorischen Kräften“. Hier sitzen die Autoren dem Mythos der unveränderlichen, determinierenden Identitäten auf. Was von ihnen mit dem Etikett „emanzipatorisch“ versehen wurde, dem wird unterstellt, grundsätzlich auf der politisch richtigen Seite zu stehen. Dabei müsste doch gerade die internationale Politik uns so viel Dialektik einpauken, um zu erkennen, dass solche Zuschreibungen

kein Abonnement auf das Richtige im anti-imperialistischen Kampf sind. Die Wechselfälle des kurdischen Kampfes und seiner politischen Repräsentation könnten dafür ein Lehrstück sein.

Die Frage, mit welchen Kräften und Zielen ein Bündnis zu suchen ist, wird auf diese Weise zur subjektiven Wahl, die mit dem Scheitern in der Machtfrage kokettiert. Dem entspricht das Credo: „Des Weiteren gehen wir davon aus, dass die Formen der Befreiung noch niemals in der Geschichte in erster Linie von der Seite der Unterdrückten her bestimmt wurden. Wir solidarisieren uns **daher** mit den Opfern imperialistischer Aggression und

Gewalt und stellen uns **auf die Seite der prinzipiell Machtlosen**“. Die Tiefe des Verrats liegt in dem Wort „prinzipiell“. Für eine Ideologie, die das revolutionäre Klassensubjekt und seine Partei für überholt erklärt, ist das konsequent. Damit kann auch der Kampf gegen den imperialistischen Krieg nicht als konkrete Hauptaufgabe des revolutionären Kampfes in der gegenwärtigen Etappe bestimmt, sondern nur „politischer Pazifismus“ als „Realpolitik der Unterdrückten“ gepredigt werden. So wird der Widerstand im Donbass, wo Teile des Industrieproletariats und Kommunisten in der antifaschistischen Front kämpfen, auf unverantwortliche Weise gegen

Ain Al-Arab und Rojava ausgespielt. Denn die Ostukraine, auch Russland, sind Opfer imperialistischer Aggression, aber nicht „prinzipiell machtlos“.

Eine Kommunistische Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse im internationalen Maßstab vertritt, und eine, die sich in die abstrakte Negation des „Ganz Anderen“ flüchtet und dabei „Europa neu zu gründen“ hofft, sind unvereinbar.

*(Alle Hervorhebungen in Zitaten durch Fettschrift von K.L.)*



*Tobias Kriele*

# EIN SIEG KUBAS!

## EINE NEUE PHASE DES KAMPFES ZWISCHEN US-IMPERIALISMUS UND KUBANISCHEM SOZIALISMUS

In zeitgleich ausgestrahlten nationalen Fernsehansprachen kündigten Raúl Castro und Barak Obama am 17. Dezember 2014 die Aufnahme von bilateralen Gesprächen an. Dieser Wechsel in der US-Kubapolitik veranlasste den Chef der subversiv tätigen US-Entwicklungshilfe-Behörde USAID, seinen sofortigen Rücktritt zu erklären. EU-prämierte Konterrevolutionäre protestierten gegen die angekündigte Entspannungspolitik. Die antagonistischen Widersprüche zwischen dem sozialistischen Kuba und den imperialistischen USA sind durch die bereits aufgenommenen Gespräche allerdings nicht aufgehoben.

### Im Fokus des US-Imperialismus

Die Kubapolitik der USA basiert im Prinzip auf einer Prophezeiung des US-Präsidenten John Quincy Adams aus dem Jahr 1823, wonach die Insel eines Tages von ganz allein wie eine reife Frucht vom Baum des spanischen Kolonialismus in den Garten der USA fallen würde. Als der Reifeprozess sich verzögerte, halfen die USA im Jahr 1898 mit einem Krieg gegen Spanien nach – dem ersten imperialistischen Krieg, wie Lenin konstatierte. Die Regierungen der folgenden Pseudorepublik hatten regelmäßig vor dem US-

Botschafter zum Appell zu erscheinen. Der Militärdiktator Batista (1952–59) ließ unter den Augen der USA 20.000 politische Gegner massakrieren.

Als die Revolutionäre Batista vertrieben hatten und begannen, die Allmacht der US-Unternehmen in Kuba anzutasten, erließ US-Präsident Eisenhower die bis heute bestehende Wirtschafts- und Finanzblockade. Anstatt jedoch die kubanische Bevölkerung gegen die Revolutionsregierung aufzubringen, leistete die Blockade einen ungewollten Beitrag zu Kubas Eintritt in den sozialistischen Wirtschaftsraum.

Erst mit dessen Wegfall nach der Niederlage des Sozialismus schlug die Wirtschafts- und Finanzblockade der USA voll durch. Die energielastige Produktion erwies sich als eine schwere Hypothek. Die Industrialisierung der Landwirtschaft konnte nicht aufrechterhalten werden. In der *Sonderperiode* der 90er Jahre wurden Maßnahmen wie die Zulassung privatwirtschaftlicher Elemente notwendig. Aber erst der VI. Parteitag der KP Kubas im Jahr 2011 schuf die Voraussetzung für eine radikale Umstrukturierung der kubanischen Volkswirtschaft.

### Lateinamerikanische Integration

Kuba kann sich dabei auf ein neues lateinamerikanisches Selbstbewusstsein stützen. Die dortigen so genannten lateinamerikanischen Linksregierungen profitieren von der relativen ökonomischen Schwäche der USA und von der zunehmenden Bedeutung der wirtschaftlichen Aktivität Chinas in der Region. Die Verlagerung großer Bereiche der US-Produktion ins Ausland brach die Rohstoff-Weiterverarbeitungs-Beziehungen auf dem amerikanischen Kontinent auf, und es etablierten sich Branchen mit einer höheren durchschnittlichen Profitrate im Süden des Kontinents. In der Folge entwickelten sich selbstbewusste nationale Kapitalfraktionen mit einem Interesse an nationalen Märkten, erhöhter Kaufkraft, einer gebildeten Arbeiterklasse und politischer Stabilität. Das ist die Grundlage für die Interessenüberschneidung von Teilen der nationalen Bourgeoisie mit den linken Kräften und Volksbewegungen.

Obwohl die nationalen Linksregierungen die Eigentumsverhältnisse nicht oder nur sektoral antasteten, beziehen sie sich dennoch auf das Modell des sozialistischen Kuba. Mit großer Weitsicht hat sich dieses mit dem lateiname-



rikanischen Integrationsprozess einen natürlichen Verbündeten geschaffen. Die Staatenbündnisse ALBA und CELAC überließen die imperialistische Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) der Bedeutungslosigkeit. Die Abschaffung der Blockade und die Freiheit für die Cuban Five wurden zu den zwei zentralen Forderungen der lateinamerikanischen Regierungen gegenüber den USA und sogar der EU. Das Verhältnis zu Kuba wurde zum Nadelöhr, durch das die USA hindurch mussten, um nach Lateinamerika zu gelangen.

Kubas Regierung hat in den vergangenen Jahren den USA wiederholt Verhandlungen angeboten. Als Eingangsvoraussetzungen wurden dabei die Freilassung der Cuban Five (ausdrücklich auch im Austausch gegen den US-Agenten Alan Gross), ein Ende der Blockade sowie ein offener Dialog auf Augenhöhe benannt. Die USA haben sich den kubanischen Forderungen gebeugt. Die in den gleichzeitigen Ansprachen beider Präsidenten sich ausdrückende Symbolkraft ist kaum hoch genug einzuschätzen.

### **Neue Etappe des kubanischen Sozialismus**

Der kubanische Sozialismus ist in eine komplexe Etappe eingetreten. Die Anbahnung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen mit den USA fällt mit dem internen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess zusammen. Dazu kommt nach über einem halben Jahrhundert ein Generationswechsel in der Revolutionsführung, möglicherweise bereits zum VII. Parteitag im April 2016. Die kuba-

nische Regierung ist in der derzeitigen Lage nicht die getriebene, sondern die treibende Kraft. Sie hat in der Sonderperiode bewiesen, dass sie zwischen einer sozialistischen Umstrukturierung und einer Umgestaltung à la Perestroika unterscheiden kann. Einige der drastischen Maßnahmen – wie die Einführung des US-Dollars – werden bereits planvoll sukzessive zurückgebaut. Das existenziell bedrohte Kuba von damals ist heute zu einem entscheidenden Faktor in der Region geworden.

Die Freilassung der Cuban Five stellt einen der größten internationalen Erfolge in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus der letzten Jahrzehnte dar. Die Kunst der kubanischen Führung bestand darin, eine derartige Einzelforderung zu bestimmen, in der sich der gesamte epochale Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus abbilden ließ und die dadurch eine internationale Bedeutung erlangte: In den langen 16 Jahren des Kampfes arbeiteten Solidaritätskomitees in über 100 Ländern.

### **Bedeutung der Kampagne für die Cuban Five**

Auch unsere Aktivitäten waren ein Beitrag zu dem Erfolg. Die Erfahrung, dass es auch aus einer schwachen Position heraus ein Durchkommen gegen den Imperialismus geben kann – vorausgesetzt, wir handeln mit Entschlossenheit, wahren die dazu notwendige Einheit und fokussieren uns auf ausgewählte Forderungen – stärkt die Solidaritätsarbeit. In Kuba hat die Rückkehr der fünf Helden Euphorie ausgelöst.

Die Bedeutung dieses Erfolges auch bei uns zu vermitteln ist eine Aufgabe, die wir noch vor uns haben.

Der Kampf gegen die Blockade Kubas ist noch keinesfalls gewonnen, er ist erst jetzt richtig entbrannt. Das Ziel der US-Verhandlungsführer in den anstehenden Verhandlungen wird sein, die Investitionsbedingungen für das US-Kapital zu verbessern und zugleich die Kontrolle und Legitimität der kubanischen Regierung zu unterlaufen. Dagegen stehen unsere Forderungen nach Beseitigung der Blockade, dem Ende der politischen Ausgrenzung Kubas, der Auflösung der illegalen Militärbasis in Guantanamo. Die kubanische Regierung wird die Menschenrechtssituation in den USA und in Europa thematisieren, die Krise der bürgerlichen Demokratie und das Versagen des Kapitalismus im Verhindern der ökologischen Katastrophe.

Parallel dazu sind für die nächste Zeit auch hierzulande ideologische Auseinandersetzungen zu erwarten, vor allem bezüglich der Rolle der Partei und des Staates, der Eigeninitiative und der Eigentumsverhältnisse sowie der Rolle der so genannten Zivilgesellschaft. Diese anstehenden Auseinandersetzungen um die kubanische Realpolitik stehen im Kontext des veränderten weltweiten Kräfteverhältnisses und der Entwicklung des Sozialismus. Dieser Prozess muss begleitet werden. Der Imperialismus hat eine Niederlage erlitten, die aber auch Fragen aufwirft. Kommunisten sind gefragt, sie offen zu stellen und nach Antworten zu suchen. Nicht nur Kuba, auch die Kuba-Solidarität steht am Anfang einer neuen Etappe.



*Werner Seppmann*

## **ARBEITERKLASSE, LOHNABHÄNGIGENKLASSE UND DIE BEDINGUNGEN STRUKTURELLER HANDLUNGSFÄHIGKEIT**

Oft wird der politischen Orientierung auf die Arbeiterklasse entgegnet, dass auf der politischen Bühne trotz der zugespitzten Soziallage und der krisenhaften Entwicklungen von ihr nur selten etwas zu sehen ist. Das ist zweifel-

los richtig. Aber diese Beobachtung sollte weder irritieren noch überraschen, denn sie korrespondiert mit der historischen Tatsache, dass aus der objektiven Existenz der Arbeiterklasse, den sozialen Widersprüchen

und dem strukturellen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit noch niemals automatisch eine kapitalismuskritische Bewegung entstanden ist. Jedoch waren die klassengesellschaftlichen Widerspruchserfahrungen die



Voraussetzung für Prozesse politischer Bewusstwerdung des Proletariats und der Selbstorganisation der Arbeiterklasse. Diese historische Erfahrung ist Ausgangspunkt der marxistischen Beschäftigung mit der Klassenfrage und Fundament ihrer erkenntnisleitenden Frage, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit die Lohnabhängigen sich zu Subjekten der Veränderung entwickeln können.

Das „Kommunistische Manifest“ geht von der Tatsache aus, dass auch die Lohnabhängigen, zunächst einmal wie alle Subjekte in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen und aufgrund entsolidarisierender Sozialerfahrungen die Notwendigkeit besteht, ein Bewusstsein der gemeinsamen Interessen zu erarbeiten.

### **Spaltung der Belegschaften in der Automobilindustrie vertieft**

Eine zufriedenstellende Antwort auf die Frage nach den Möglichkeiten einer kollektiven politischen Profilierung kann nur auf der Basis einer Analyse der jeweiligen Klassenrealität gefunden werden, die heute wieder durch tiefe Differenzierungslinien geprägt ist. Es existiert ein kaum mehr überschaubarer Dschungel höchst unterschiedlicher Lohnarbeitsverhältnisse, die von tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung bis hin zu extremen Formen prekärer Arbeit und den Zonen der „Überausbeutung“ (Marx) reichen. Entscheidende Differenzen in ihrer Soziallage gibt es mittlerweile nicht mehr nur zwischen den Technikern und den angelernten Produktionsgehilfen, sondern zunehmend auch zwischen Beschäftigten, die weitgehend die gleiche Tätigkeit verrichten.

Wie eklatant die Spaltungsprozesse mittlerweile sind, wurde im Herbst 2013 durch eine von der IG Metall organisierten Bestandsaufnahme der Beschäftigungsverhältnisse in der Automobilindustrie, also einem Kernbereich des bundesdeutschen Industriesystems, deutlich. Zwar repräsentierten zu diesem Zeitpunkt die nach Tarifverträgen bezahlten Stamm-Beschäftigten mit 765.000 Personen immer noch den größten Block. Im Produktionsbereich verdienten sie zum damaligen Zeitpunkt bei Mercedes beispielsweise 3400 Euro brutto.

Hinzu kommen in guten Jahren noch teilweise beträchtliche Leistungs-Prämien, sodass die durchschnittlichen Brutto-Einkünfte für diese Beschäftigtengruppe sich im 4000-Euro-Bereich bewegten.

Jedoch erhalten die Prämienzuschläge und andere Sozialleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld nur die festgestellten Lohnarbeiter. Nicht in ihren Genuss kommen etwa die ca. 100.000 Leiharbeiter in der Auto-Industrie, die durchschnittlich 2200 Euro brutto, also faktisch die Hälfte dessen verdienen, was ihre Kollegen/-innen, mit denen sie Seite an Seite arbeiten, erhalten. Aber damit ist die Talsohle prekärer Beschäftigung noch lange nicht erreicht. Sage und schreibe 250.000 Kollegen/-innen waren 2013 in der deutschen Automobilindustrie auf der Grundlage von Werkverträgen beschäftigt. Sie erhielten auch bei Opel oder BMW ein Monatsentgelt von 1200 bis 1300 Euro brutto. Die Spaltung innerhalb der einzelnen Betriebe und Branchen hat also einen skandalösen Umfang angenommen, so dass die objektiv gemeinsame Interessenlage immer weniger unmittelbar erfahrbar ist.

Aber wie schon angedeutet besteht die Aufgabe politischer Bewusstseinsbildungsprozesse und der Klassenkonstituierung darin, trotz realer Spaltungstendenzen diesen gemeinsamen Interessenhorizont der Lohnabhängigen ins Bewusstsein zu heben. Die besten Voraussetzungen zur Organisation solcher Prozesse bieten – trotz aller arbeitsorganisatorischer und sozialrechtlicher Aufsplitterungen, die mittlerweile prägend geworden sind – die Kernbereiche des Industriesystems mit ihren großen Betrieben, weil in ihnen der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit mit besonderer Intensität zum Ausdruck kommt.

Wenn die industriellen Belegschaften um den Lohn, die Arbeitszeit und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes kämpfen, positionieren sie sich automatisch gegen die totalitären Ansprüche des Kapitals, alle gesellschaftlichen Bereiche seinen Verwertungsprinzipien zu unterwerfen. Es ist vor allem diese strukturelle Dimension des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, die in den Kernbereichen besonders klar hervortritt.

### **Arbeiterklasse im Industriesystem**

Nun ist ja auch in linken Diskussionen (ebenso wie in dem einen oder anderen Papier, das in der DKP kursiert) von einem Bedeutungsverlust der Arbeiterklasse die Rede. Tatsächlich gibt es quantitative Rückbildungstendenzen, aber immer noch hat sie in der Bundesrepublik – selbst nach den Angaben der (nicht unproblematischen) offiziellen Statistik – einen Umfang von über 10 Millionen! Eine „sterbende Klasse“ sieht jedenfalls anders aus.

Aktionen in den Bereichen unmittelbarer Produktion sind von großer Wirkungskraft, weil sie die Kapitalverwertung an zentraler Stelle stören, zumal die Mehrheit der großen Betriebseinheiten den industriellen Sektoren angehören – auch wenn seit längerem sowohl ihre absolute Zahl als auch die durchschnittliche Belegschaftsgröße schrumpft. Während 1985 in der gewerblichen Wirtschaft in der BRD 830 Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten existierten, in denen 3,6 Millionen Menschen tätig waren, ging bis 2001 (im wiedervereinigten Deutschland) ihre Zahl auf 760 mit 2,5 Millionen Beschäftigten zurück. Politische Handlungsfähigkeit hängt jedoch nicht zwangsläufig von den Größenverhältnissen ab. Denn ob eine Betriebseinheit 2800 oder 1200 Mitarbeiter umfasst, ist für die politische Sozialisation und die Organisationsfähigkeit der Lohnabhängigen von geringerer Bedeutung als die Qualität und Nachdrücklichkeit der Interessenartikulation, die Tradition (oder eben auch die fehlende Kontinuität) der Klassenkämpfe und die aus diesen Erfahrungen resultierenden Bewusstseins- und Handlungsdispositionen der Belegschaften. Dass gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit eine Basis in den Großbetrieben hat, ist auch dem Kapital immer bewusst gewesen. Ein Teil der betrieblichen Umgestaltungen in den letzten Jahrzehnten war deshalb auch durch die Absicht geprägt, die Entwicklung konfliktfähiger Belegschaften zu verhindern oder zu erschweren.

Allen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zum Trotz, die den Organisations- und Widerstandsmöglichkeiten der Lohnabhängigen nicht förderlich waren, existieren in den Industriebetrieben immer noch Strukturen, die



Mobilisierungsprozesse erleichtern. Deshalb ist es nach wie vor sinnvoll, die in ihnen Beschäftigten als den Kern der Arbeiterklasse zu definieren. Zunehmend gehören auch rangniedrigere Techniker und Ingenieure dazu, die aufgrund ihrer konkreten Tätigkeit einen Produzentenstatus haben.

Aber die Orientierung auf diese Kernbereiche wird in kommenden Kämpfen nicht ausreichen. Es sind neue Sektoren der Arbeitswelt entstanden – die jedoch keinen Gegensatz zum Industriesystem darstellen, sondern seine Funktionalität garantieren. Entgegen der üblichen Darstellung handelt es sich bei vielen der so genannten Dienstleistungsbereiche um keine eigenständigen Wirtschaftssektoren, sondern in vielen Fällen um Segmente mit Zulieferungs- und Unterstützungstätigkeiten für die industriellen Kernprozesse. „Produktionsbezogene Dienstleistungen“ machen ungefähr die Hälfte aller Dienstleistungen aus. Auch bei vielen IT-Tätigkeiten ist das übrigens der Fall: Sie sind direkt oder indirekt dem Industriesystem zugeordnet.

### **Strukturell-handlungsfähiger Kern der Klasse**

Gewerkschaftlichen Strategien müssen auch deshalb umfassendere Perspektiven zugrunde liegen, weil die materielle Produktion von wachsenden immateriellen Sektoren umgeben ist, die für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess in seiner Gesamtheit unverzichtbare Bedeutung haben. Die in ihnen Beschäftigten ergeben zusammen mit der industriellen Arbeiterklasse die Lohnabhängigenklasse, bei der jedoch jene Segmente ein besonderes Gewicht haben, die strukturell konflikt- und handlungsfähig sind. In den Kernbereichen des Industriesystems, der materiellen Produktion und den Unternehmen der Energieversorgung, aber auch dem Transportwesen ist das fast immer der Fall.

Von besonderer Bedeutung ist natürlich der mögliche Wirkungsgrad von Widerstandsaktionen: Er ist ein Gradmesser für die Durchsetzungspotenz der verschiedenen Segmente der Lohnabhängigenklasse. Konkret gefragt: Wie lange kann es eine Gesellschaft verkraften, wenn der Güterverkehr lahmgelegt oder die Strom-

versorgung durch Streiks unterbrochen wird? Und welche kurzfristigen Auswirkungen hat es dagegen, wenn Lehrer, Buchhalter oder Kindergärtnerinnen streiken?

Hinsichtlich der strukturell handlungsrelevanten Segmente der abhängig Beschäftigten kann vom Kern der Lohnabhängigenklasse gesprochen werden. In diesem Begriff ist die Industriearbeiterklasse eingeschlossen, die übrigen Klassensegmente sind es jedoch nur, insofern die Struktur ihrer Arbeitsplätze sich industriellen Standards annähert bzw. ihre Arbeitssituation durch ein Mindestmaß an Kollektivität geprägt ist.

So gehört eine Krankenschwester zwar nicht zur traditionellen Arbeiterklasse, sie ist jedoch mit einer zunehmenden Durchsetzung des Warencharakters ihrer Arbeitskraft konfrontiert und durch betriebliche Organisationsformen, die sich mittlerweile in der Gesundheitsindustrie verallgemeinert haben, strukturell handlungsfähig. Ebenso wie der „kommerzielle Arbeiter [der klassische Angestellte] produziert [sie zwar] nicht direkt Mehrwert“ (Marx), jedoch ist der Preis ihrer Arbeit durch den Wert ihrer Arbeitskraft bestimmt, während der Wirkungsgrad dieser Arbeitskraft, wie bei jedem anderen Lohnarbeiter, keineswegs durch den Wert ihrer Arbeitskraft begrenzt ist.

Darüber hinaus ist die Krankenschwester in der Regel auch in betriebliche Kommunikationsstrukturen eingebunden, die gewerkschaftlicher Organisation zumindest nicht hinderlich sind. Sie ist deshalb den handlungsfähigen Segmenten der Lohnabhängigenklasse zuzurechnen, weil sie zumindest in den größeren Betriebseinheiten des Gesundheitswesens ebenso aktionsfähig ist wie die Mitarbeiter der Müllabfuhr oder die Beschäftigten der Nahverkehrsunternehmen.

### **„Vorboten für die Entwicklung von Gegenmacht“**

All diese Bereiche sind durch die Privatisierungsoffensiven in den letzten beiden Jahrzehnten besonders unter Druck geraten, deren Begleiterscheinungen neben einer zunehmenden Arbeitsplatzunsicherheit, permanenten Umstrukturierungen und erhöhtem

Leistungsdruck, Einkommensreduktionen und Absenkung des Sozialstandards sind. Die profitorientierte Umstrukturierung des sozialen Sektors findet unmittelbar ihren Ausdruck in einer Verdichtung der Arbeit und einer gravierenden Zunahme des Anteils untertariflich bezahlter Beschäftigungsverhältnisse sowie einer Ausbreitung von Teilzeitstellen und Minijobs.

Die Konflikträchtigkeit dieser Verhältnisse drückt sich in einer zunehmenden Widerstandsbereitschaft der Belegschaften in diesen Bereichen aus. Während die Arbeitskämpfe in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik vorrangig im Organisationsbereich der IG Metall ausgetragen wurden, nahmen seit den späten 1980er Jahren die Aktionen in den privatisierten Dienstleistungsbereichen spürbar zu. Auch in den Bereichen, in denen zwar kein Mehrwert geschaffen wird (eine „bloße Simulation von Verwertungsprozessen“ stattfindet, wie Robert Kurz es zutreffend ausgedrückt hat), dient die Arbeitskraft der dort Beschäftigten den Investoren zur Aneignung von Teilen der gesamtgesellschaftlich erzeugten Profitmasse.

Bei den Auseinandersetzungen um die Einkommen, die Arbeitszeit und die Beschäftigungsbedingungen in diesen Sektoren der Arbeitswelt geht es um die Aufteilung der Mehrwertmasse zwischen den Lohnabhängigen (deren Ansprüche betriebswirtschaftlich als Kosten wahrgenommen werden) und dem Profit für das eingesetzte Kapital. Was der unmittelbare Zirkulationsarbeiter „dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen. Er bringt ihm ein, nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwerts vermindern hilft, soweit er zum Teil unbezahlte Arbeit verrichtet“ (Karl Marx).

„Die zahlreichen Streiks, die in den letzten Jahren im Organisationsbereich von ver.di stattgefunden haben [...], sind (übrigens nicht nur in Deutschland) Vorboten sozialer und politischer Konflikte [...], die in der Zukunft für die Entwicklung der Löhne und der Arbeitsbedingungen, für die industriellen Beziehungen und die Entwicklung von Gegenmacht (gegenüber Staat und ‚Kapital‘), damit von Wirtschaftsdemokratie, und schließlich für

die Entwicklung der Gewerkschaften in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften immer lebenswichtiger werden“ (Frank Deppe).

Aus struktureller Perspektive trifft zwar zu, was Herbert Marcuse schon vor Jahrzehnten prognostiziert hat: „Indem die Warenform universal wird [...], spitzt sich der wesentliche Widerspruch des Kapitalismus aufs

Äußerste zu: Dem Kapital steht jetzt die gesamte Masse der arbeitenden Bevölkerung gegenüber.“ Jedoch weist dieses Konfrontationsverhältnis vielfältige Differenzierungsmomente auf, die in ihren spezifischen Wirkungen detailliert untersucht werden müssen. Auf die Analyse der Besonderheiten in den diversen Klassensegmenten, der Komplexität und Differenziertheit ihrer Interessenlagen und der Vielfäl-

tigkeit der subjektiven Verarbeitungsmuster der sozialen Widerspruchserfahrungen kann deshalb nicht verzichtet werden. [1]

#### Quellen und Anmerkungen:

- [1] Weiter dazu ausführlich: W. Seppmann: Die verleugnete Klasse. Zur Arbeiterklasse heute. Kulturmaschinen Verlag, Berlin 2011



*Björn Schmidt*

## PEGIDA AM ENDE? EINE VORLÄUFIGE BILANZ

Über den Auf- und Abstieg der Pegida-Bewegung ist viel geschrieben worden. In den von T&P online gestellten Artikeln „Rettung des Abendlandes? – Ohne uns!“ von der SDAJ [1] und „Deutsche Zitronen. Wie Pegida den Abendland-Fundamentalismus auf den Punkt bringt“ von Hans-Christoph Stoodt [2] wird die Pegida-Ideologie in ihren einzelnen Bestandteilen (Sozialdemagogie, Antimuslimischer Rassismus, Nationalismus) und ihrem Zusammenwirken mit sozialer Unsicherheit und Abstiegsängsten von Teilen der Arbeiterklasse und kleinbürgerlicher Schichten analysiert. Beide Artikel betonen die Nützlichkeit von Pegida für das Kapital und die Verwurzelung der Bewegung in bestimmten Fraktionen des deutschen Kapitals. Daraus schlussfolgernd plädieren sie für einen Gegenprotest, der eben diese Herrschenden als Verantwortliche für Arbeitsplatzverlust und fehlende Perspektiven benennt, um den weiteren Zulauf zu Pegida zu stoppen. Angesichts von Massenprotesten gegen Pegida in fast allen großen Städten, bei denen in einigen Städten die Teilnehmerzahlen die 20.000er Marke knackten, ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Wurde die drohende Rechtsverschiebung des politischen Klimas in der Bundesrepublik gestoppt? Konnten Antifaschisten an Boden gewinnen? Konnte der weiteren Spaltung der Arbeiterklasse anhand von nationalen und religiösen Linien Einhalt geboten werden?

Zunächst ist die Beteiligung von Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen „Gegen-Rechts“-Bündnissen an

den Großkundgebungen sowie die schiere Zahl der Gegendemonstrationen (in der ersten Januarhälfte deutschlandweit pro Woche über 100.000) ein deutliches Anzeichen dafür, dass sich größere Teile der Bevölkerung gegen Pegida & Co. gewandt haben. Für mehrere Wochen wurden Pegida und NoPegida zum vorherrschenden Thema in Kantinen und Pausenräumen. Auf gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Sitzungen wurden Diskussionen geführt, die in Anti-Pegida-Mobilisierungen aus den Betrieben mündeten. Ein Ausweiten von Dresden auf andere Städte konnte eingedämmt werden, wenngleich der besonders reaktionäre politische Nährboden in Sachsen eine zentrale Rolle beim Ost-West-Unterschied von Pegida spielte. Die Funktion von Pegida als Testballon für eine kurzfristige massive Rechtsverschiebung im bürgerlichen Politikspektrum ist somit vorerst gescheitert.

Doch bereits der Wahlerfolg der AfD bei der Hamburger Bürgerschaftswahl zeigt, wie brüchig dieser Damm ist, der in den Anti-Pegida-Protesten errichtet worden ist. Die in den Gegenprotesten vorherrschenden Inhalte und Slogans bestätigen dies ebenfalls. Zwar ist die Wirksamkeit von bürgerlich-demokratischen Werten wie „Weltoffenheit“ und „Toleranz“ bei der Mobilisierung nicht zu unterschätzen. Genauso wie die Solidarität mit Migrantinnen und Flüchtlingen, die wortwörtlich zur Zielscheibe von Pegida werden. Die weitgehende Ausblendung der sozialen Frage aus den Gegenprotesten rächt sich aber spä-

testens dann, wenn die Sozialdemagogie von Pegida bzw. ähnlich ausgerichteter künftiger Bewegungen dezidiert und ausgefeilter vorgetragen wird. Es besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Bewegungen künftig viel stärker als „Anwälte der kleinen Leute“ auftreten und so auch wahrgenommen werden. Im gleichen Zug besteht dann auch die Gefahr, dass die einträchtig mit Ministerpräsidenten und SPD-Prominenz auf der Bühne stehenden DGB-Gewerkschaften als Teil des – aus verschiedensten Gründen – verhassten „Polit-Establishments“ wahrgenommen werden. Damit soll nicht der Wert der „Bunt statt Braun“-Bündnisse geschmälert werden. Ihre Wirksamkeit gegen Rechts hängt aber eben auch davon ab, inwiefern es gelingt, die Teile der Arbeiterklasse zu gewinnen, die für die diffuse soziale Rhetorik der Pegida-Redner anfällig ist.

#### Vereinnahmung der Gegenproteste

Die Interviews mit Pegida-Teilnehmern aus Dresden zeigen, dass es eben die Verbindung rassistischer Ressentiments mit der Angst um Rente und Arbeitsplatz ist, die Zehntausende in die Arme von Pegida trieb. Die No-Pegida-Kundgebungen hätten dafür genutzt werden müssen, ein deutliches Zeichen gegen Lohndumping und Rentenklau von Bundesregierung und Konzernen zu setzen. Diese Chance wurde von den Gewerkschaften weitgehend vertan.

Daniel Bratanovic ist mit Einschränkungen zuzustimmen, wenn er





im Berliner Anstoß schreibt: „Schon gar nicht darf der Fehler gemacht werden, sich an einem erneuten ‚Aufstand der Anständigen‘ zu beteiligen, um so zum Parteigänger dieser Republik und ihrer Eliten zu werden“ [3]. Die Beteiligung an den bisweilen staatstragenden Kundgebungen ist allerdings deswegen notwendig, um unter den Teilnehmern für Positionen zu werben, die die Verantwortung der Herrschenden benennt (DKP: „Wer Rassismus, Krieg, Sozial- und Demokratieabbau sät, erntet Pegida“).

Vorerst ist aber die Instrumentalisierung und Vereinnahmung der Anti-Pegida-Proteste durch SPD und Grüne geglückt. Dass dies aus Sicht der SPD nicht nur aus Gründen des Wählerfangs nötig ist, zeigt eine Studie des Parteienforschers Franz Walter aus Göttingen: Die Teilnehmer der NoPegida-Kundgebungen plädierten „prononciert für Gleichstellung, Solidarität und Umverteilung.“ Letztere Forderung werde weltanschaulich noch dadurch untermauert, „dass die NoPegida-Befürworter ihr größtes Misstrauen gegen Großkonzerne und Banken bekunden und der freien Marktwirtschaft (zu 97 Prozent) keine größere Relevanz mehr zumessen mögen“ [4]. Mit Hilfe des politischen Konsenses „alle zusammen gegen Rechts“ (der ja für uns eben auch

nützlich war, weil er eine massenhafte Mobilisierung ermöglichte) wird versucht, eine linke, antifaschistische, gewerkschaftliche Opposition gegen die große Koalition gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern in für die Herrschenden harmlose Bahnen zu lenken.

### **Den Rassisten den Resonanzboden nehmen**

Es bleibt ein Spagat zwischen breitem Bündnis bis weit ins bürgerliche Lager hinein und notwendigem Kampf gegen die große Koalition (schon allein wegen ihrer Verantwortung für die Entstehung von Pegida und ihre nachträgliche Legitimierung durch Gabriel und Sachsens Innenminister Ulbig). Es bleibt aber auch für alle klassenorientierten Kräfte ein Spagat zwischen notwendiger Teilnahme an gewerkschaftlichen Kundgebungen – oft weitab vom Geschehen – und an Blockaden der rassistischen Aufmärsche. Die tausenden Blockierer, die Montag für Montag den Knüppeln und Pfefferspray-Attacken der Polizei trotzten, haben zumindest im Westen der Republik entscheidend dazu beigetragen, dass meist nur mehrere Dutzend Nazis eingekesselte Kundgebungen durchführen konnten. Bei Größenordnungen von über 15.000 Pegida-Demonstranten wie in Dresden

kommt das Mittel der Blockade allerdings an eine Grenze. Umso dringender wird es, mit konsequentem Sozialprotest gegen die Herrschenden den Zulauf zu Pegida & Co. zu stoppen.

Vorerst scheint die Straßenpräsenz von Pegida an ein Ende zu gelangen. Der politische Schwung wird vom gesamten rechtspopulistischen Spektrum inklusive der AfD genutzt werden, um in weitere Landesparlamente einzuziehen. Damit öffnet sich die Option einer Veränderung des bürgerlichen Parteienspektrums nach Rechts. Die Gefahr einer nächsten Pegida-Welle bleibt akut. Es bleibt unsere Aufgabe, innerhalb der Gegenkräfte eine Debatte um die Ursachen von Pegida und die nötige Gegenagitation und Gegenaktion zu führen.

### **Quellen und Anmerkungen:**

- [1] <https://theoriepraxis.wordpress.com/2015/01/12/rettung-des-abendlandes-ohne-uns/>
- [2] <https://theoriepraxis.wordpress.com/2015/01/12/deutsche-zitronen-wie-pegida-den-abendland-fundamentalismus-auf-den-punkt-bringt/>
- [3] [http://anstoß.dkp-berlin.info/2015\\_02.pdf](http://anstoß.dkp-berlin.info/2015_02.pdf)
- [4] <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-nopegida>



*Ruth Brenner\**

## **ANTI-NAZI-BÜNDNIS – KÄMPFERISCH UND TROTZDEM BREIT**

Die Fürther Neonazi-Szene aus dem „Freien Netz Süd“ – ein bayernweiter Zusammenschluss von Neonazi-Kameradschaften – fand sich in den letzten Jahren in diversen Organisationen zusammen, um antisemitische, ausländerefeindliche und rassistische Hetze zu verbreiten. Darüber hinaus haben sie in den letzten Jahren Autos demoliert und angezündet, Häuser, Wohnungen und Treffpunkte von Antifaschisten und Denkmäler beschmiert. Der Schaden beläuft sich inzwischen auf über 40.000 Euro, doch kein einziger dieser

Anschläge wurde aufgeklärt. Zuletzt traten sie unter dem harmlos klingenden Namen „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ auf.

Vor diesem Hintergrund hat unser Bündnis beschlossen, das Vorhaben der Nazis, im März 2014 als BiSF für den Fürther Stadtrat zu kandidieren, zu verhindern. Um antreten zu dürfen, musste diese Tarnorganisation des FNS im Vorfeld 400 Unterschriften sammeln.

Gemeinsam mit der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF) bildeten wir ein Anti-BiSF-Bündnis, das eine Kampagne mit Schichtplänen, Infotelefon und Hausverteilungen durchführte. Wir schafften es, eine antifaschistische Einheit herzustellen, die unter der Zielsetzung „Keine Nazis in den Fürther Stadtrat“, „Den Nazis den Wahlkampf vermiesen“ viele Organisationen und Einzelpersonen unter einen Hut brachte. Weit über 100 Menschen beteiligten sich an den täglichen Verteilungen. Im Rahmen der Kampagne fand mit 2500

Menschen auch eine der größten und erfolgreichsten antifaschistischen Demonstrationen der letzten Jahre in Fürth statt.

Am 3. Februar 2014 war es dann amtlich, die Nazis hatten nur 140 Unterschriften bekommen und konnten im März nicht antreten. Dieser Erfolg spornt uns an, gemeinsam weiter gegen Nazis zu kämpfen. (...)

Es ist schon mehr als eine Frechheit, dass ein Teil der Menschen und Organisationen, die sich in Fürth gegen die Nazis einsetzen, im Bayerischen Verfassungsschutzbericht als Verfassungsfeinde diffamiert werden.

Die, die wirklich Dreck am Stecken haben, werden dagegen nicht zur Rechenschaft gezogen, wie die Ereignisse um den NSU-Prozess belegen. Anstatt die Verwicklungen des Verfassungsschutzes aufzudecken und aufzuklären, werden Antifaschisten von diesem dubiosen Verfassungsschutz und von staatlichen Behörden kriminalisiert. Der Verfassungsschutz schützt weder die Verfassung noch uns und ist deshalb abzuschaffen!

Es gab im Rahmen unserer Kampagne gegen die Neonazis Angriffe gegen das Fürther Bündnis bis hin zu unsäglichen Diffamierungen ... Der Grund ist, dass wir den Rassismus der politischen Mitte benennen und kritisieren, wie wir es in unserer Rede vom Januar 2014 tun:

*Denn längst ist der Rassismus in der so oft strapazierten Mitte (Was heißt da eigentlich Mitte?) der Gesellschaft angekommen. Seit einigen Wochen läuft eine populistische Hetze der CSU gegen Zuwanderer, die es in sich hat.*

*Mit der Parole „Wer betrügt, der fliegt“, in Abwandlung des Beckstein-Spruches „Wir wollen Zuwanderer, die uns nutzen und keine, die uns ausnutzen“, macht die CSU Wahlkampf gegen die Zuwanderer, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, die als freizügigkeitsberechtigten EU-Bürger nach Deutschland kommen. Ob das stimmt oder nicht, das juckt die CSU ganz und gar nicht (im Übrigen, es stimmt nicht) – Hauptsache man gewinnt die Stammtische und die Stimmen!*

*Wenn sie es ernst meinen mit ihrer Parole „Wer betrügt, der fliegt“, dann würde da eine illustre Fluggesellschaft mit Hoeneß, Guttenberg und Co. auf den vorderen Sitzen zusammenkommen, und*

*es würde sich kaum ein Land auf der Welt finden, das diesen Amigo-Verein aufnimmt!*

*Aber gemeint sind nicht sie, die Betrüger und Waffenschieber aus den besseren Schichten, gemeint sind die besitzlosen Migranten, die nicht freiwillig ihre Heimat und ihre Familie verlassen, auf der Suche nach einem besseren Leben.*

*Dieser Aufmarsch gegen die so genannten Armutsfüchtlinge hat keine anderen als rassistische Beweggründe, denn vielfach handelt es sich z. B. um Roma, die als „Zigeuner“ diffamiert werden. Da schließt sich dann der Kreis. Die Neonazis nutzen nur zu gerne solche Steilvorlagen!*

*Aber aufgepasst: Was die CSU macht, ist nur die populistische Umsetzung dessen, was kürzlich in der Großen Koalition vereinbart wurde. Die heutige Situation erinnert an die 90er Jahre, wo mit der Parole „Das Boot ist voll“ eine Pogromstimmung erzeugt wurde. Ab Sommer 2013 sind bereits sieben brennende Migrantenhäuser in Deutschland zu verzeichnen, und Neofaschisten marschieren gegen Flüchtlinge!*

Wir konnten alle Angriffe, die dazu dienen sollten, unser Bündnis zu spalten, abwehren. Denn das Gute an unserer Arbeit ist einfach und wirkungsvoll: Wir halten zusammen und sind uns einig gegen Rechts! Wir haben uns bisher nicht von der unsäglichen Extremismus-Debatte beeinflussen lassen. Wir wissen, Links ist eben nicht gleich Rechts, denn in der Konsequenz würde das ja heißen: Faschismus ist gleich Antifaschismus! In dieser Erkenntnis besteht nicht zuletzt die Stärke unserer gemeinsamen Arbeit!

So erklärten wir in einer Presseerklärung aus dem Jahre 2011: *Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Projektvorschläge eingebracht. Wir haben uns sehr gefreut, dass der Begleitausschuss eines unserer Projekte „Spurensuche in Fürth – Begegnung in Auschwitz“ an die erste Stelle gewählt hat. Dies ist für uns ein Zeichen, dass viele Gruppen und Organisationen unsere Arbeit schätzen und würdigen. Dafür möchten wir uns ausdrücklich bedanken. Leider werden wir unsere Projekte nicht durchführen können, da wir die so genannte „Demokratieerklärung“ nicht unterschreiben werden. Dies wäre aber die Voraussetzung, um die zur Durch-*

*führung der Projekte nötigen finanziellen Mittel zu bekommen. Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat auf der Sitzung am 6. April 2011 einstimmig beschlossen, die so genannte „Demokratieerklärung“ nicht zu unterzeichnen.*

*Bekanntlich hat Familienministerin Schröder letztes Jahr eine „Extremismusklausel“ initiiert. Demnach müssen sich alle Vereine und Organisationen, die Fördergelder aus staatlichen „Anti-Extremismus-Programmen“ bekommen, zum Grundgesetz bekennen und sich auch dazu verpflichten, ihre Partner und Referenten auf „Verfassungstreue“ zu überprüfen. Gegen diese Klausel gibt es zahlreiche Proteste ...*

*Entgegen aller Proteste und verfassungsrechtlicher Bedenken hat die Behörde Schröder den „Schnüffelparagraphen“ bis jetzt nicht zurückgezogen. Die Intention des „Schnüffelparagraphen“ liegt auf der Hand: Antirassistische und antifaschistische Initiativen werden dem Generalverdacht des Extremismus ausgesetzt.*

*Die Arbeit von Gruppen, die seit Jahren mit viel Einsatz und Energie gegen Rassismus und Neofaschismus eintreten, wird diskreditiert. Es wird ein Klima des gegenseitigen Misstrauens erzeugt. Diese Versuche lehnen wir ab und weisen wir zurück. Wir brauchen solche „Schnüffelparagraphen“ nicht!*

*Seit Jahren arbeiten im Fürther Bündnis verschiedenste Organisationen erfolgreich im guten Miteinander gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus. Dies soll so bleiben und nicht in ein Gegeneinander umschlagen.*

*Wir fordern den Begleitausschuss auf, gegen den „Schröder Erlass“ zu protestieren! Wir fordern die Stadt Fürth auf, ebenfalls dagegen Protest zu erheben! Die so genannte „Extremismusklausel“ muss vom Tisch!*

*Sie widerspricht allen Grundsätzen der antirassistischen und antifaschistischen Arbeit. Nutznießer davon wären allein die Neonazis. Das darf und kann nicht sein! ...“*

Wie Recht wir mit unserer Einschätzung hatten, sollte sich schnell zeigen. Denn die Neonazis stellten sich so gleich als gute Bündnispartner für Schröder heraus, indem sie in einem Brief u. a. an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Denunziationsaufruf von Schröder aufgriffen und das Fürther Bündnis gegen Rechts öffentlich diffamierten.



Es ist nicht nur unsere Aufgabe und Pflicht, gegen Nazis und Faschisten vorzugehen, es ist auch unsere Pflicht, gegen die vorzugehen, die durch ihre Aktionen und ihre Aussagen den Nazis den Weg bereiten. Und wir werden auch in Zukunft gegen Rassismus und Diffamierungen im Alltag kämpfen müssen. Und wir werden auch genau hinschauen und aufpassen, wo und mit wem unsere Damen und Herren Politiker Bündnisse eingehen, auch über die Grenzen dieses Landes hinaus. Es kann nicht angehen, dass man hier im Lande gegen Nazis redet und auf internationaler Ebene faschistische Parteien hofiert, wie zur Zeit in der Ukraine. Man darf sich dann auch nicht wundern, wenn in Europa die rechten und faschistischen Kräfte gestärkt werden.

Die Neonazis schüren den Rassismus und den Völkerhass. Sie wollen uns in „Deutsche“ und „Nichtdeutsche“ spalten. Wir wissen und erleben es auch, dass es Verlockungen und Versuche aus der gesellschaftlichen Mitte gibt, auf diesen Zug aufzuspringen, vor allem wenn es um Wahlstimmen geht.

Soziale Ungleichheit dient der Verbreitung von Rassismus. Denn Rassismus setzt an die Stelle des Gegensatzes zwischen Reich und Arm einen Scheingegensatz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Religion usw. (...) Wir brauchen aber – verstärkt in wirtschaftlich schlechten

Zeiten – die **Solidarität** unabhängig von Nationalität, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung und Aussehen des Einzelnen!

Wir haben es satt, dass Neonazis von unseren Steuergeldern finanziert werden und Nazi-Strukturen schaffen, Kameradschaftsgruppen und Parteien aufbauen und unterhalten können!

Wir haben es satt, dass Nazis Mitbürgerbeleidigen können, Rückschritt, Borniertheit und Unterdrückung predigen dürfen, im Wissen, dass dies schon einmal dazu geführt hat, dass ganze Völker und Länder vernichtet wurden!

Deshalb müssen wir in den antifaschistischen Bündnissen sehr darauf achten und den Versuchungen seitens der Reaktion widerstehen, die uns nur allzu gerne für ihren Alibi-Antifaschismus reklamieren möchten. Darauf dürfen wir nicht hereinfliegen.

Die Erkenntnis, dass Faschismus und Krieg sich letztlich aus einem System der Ausbeutung und Ausplünderung weltweit speist, muss hochgehalten werden.

Nicht jeder, der in einem Bündnis gegen Faschismus und Krieg wie dem unseren mitmacht, braucht diese Erkenntnis zu teilen, aber keiner hat das Recht, diejenigen in die Pfanne zu hauen, die eben genau diese Erkennt-

nis haben und danach arbeiten. Wenn das Konsens ist, dann wird ein Bündnis auch erfolgreich arbeiten können.

Es wäre nicht nur einfach, sondern auch gut, wenn die bis heute gültigen völkerrechtlichen Bestimmungen aus dem Potsdamer Abkommen vom August 1945 endlich in diesem Lande Anwendung finden würden. Diese Bestimmungen lauten: „Die Nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen; es sind Sicherheiten zu schaffen, dass sie in keiner Form wiedererstehen können; jeder nazistisch oder militaristischen Betätigung oder Propaganda ist vorzubeugen.“

Diese Position gilt es zu verteidigen und durchzusetzen! Die NPD und alle anderen faschistischen Parteien und Organisationen gehören verboten, genauso wie jede rassistische Hetze!

*\* Sprecherin des Fürther Bündnisses gegen Rechtsextremismus und Rassismus, das seit über 14 Jahren existiert.*

*(Auszug aus einer Rede am 23.8.2014 anlässlich des 70. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns)*

*Gekürzt und redigiert von T&P*



*Richard Corell*

## **VR CHINA: SOZIALISMUS ALS PROZESS**

Zu Recht ist die Frage nach dem Klassencharakter eines Landes von zentraler Bedeutung, um Freund und Feind sortieren und sich damit in der Welt orientieren zu können. Dabei geht es in erster Linie: um die Beurteilung des Klassencharakters des Landes, in dem man arbeitet und kämpft. Ist die BR Deutschland ein imperialistisches oder ein kapitalistisches Land? Die Haltung zu dieser Frage ist grundlegend für die zu wählende Strategie und Taktik der Kommunisten. Einen anderen Stellenwert hat die Frage, ob China sozialistisch oder kapitalistisch ist.

Die Entscheidung in dieser Frage hat Konsequenzen: ob und wie wir uns zu den Einkreisungsversuchen gegen China durch den Imperialismus verhalten, wie wir uns zu den so genannten Dissidenten verhalten, wie zur Desinformationspolitik der Monopolmedien, zu den Geiferern à la Gauck, Maischberger oder der ARD-Korrespondentin Christine Adelhardt, wie zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten – d. h. wie wir uns in diesen Fragen gegen den deutschen Imperialismus stellen. Die Entscheidung in dieser Frage führt zur Festlegung, ob wir

China aktiv verteidigen und Solidarität mit China üben, d. h. ob wir uns dem deutschen Imperialismus entgegenstellen bei seinen Versuchen, die Volksrepublik zu destabilisieren, ob wir den deutschen Konzernen auf die Finger sehen, welche Löhne sie in China zahlen und welche Arbeitsbedingungen sie dort durchsetzen, welche Verträge sie mit ihren chinesischen Geschäftspartnern abschließen, was sie für die Kommunen in China leisten, in denen ihre Werke stehen. So können die Beurteilung Chinas und ein ehrliches Herangehen an die Frage



nach dem Klassencharakter einen Beitrag dazu leisten, dass wir den Herren im eigenen Land besser auf die Finger klopfen.

In dem Beitrag „Mit Klarheit zur Einheit“ (KAZ 345) haben wir festgehalten: *Maßgeblich ist anzuerkennen, dass über den Klassencharakter eines sozialistischen Landes die Verteidigung der Diktatur des Proletariats in diesen Ländern entscheidet. Von zentraler Bedeutung ist die Erkenntnis, dass der Sozialismus eine lange historische Epoche ist, in der es noch Klassen und Klassenkampf gibt und die Frage Wer-wen? noch nicht entschieden ist.*

Von den Parteitagungen der Kommunistischen Partei Chinas werden jeweils Leitlinien verabschiedet, die die offizielle Politik bestimmen. Als Grundlage sind der Marxismus-Leninismus und die Mao-Tse-tung-Ideen festgelegt. Darauf aufbauend haben die vier Grundprinzipien von Deng Geltung: Öffnung nach außen und Reformen müssen auf dem Boden des Sozialismus entwickelt werden, d. h. auf dem Boden der Diktatur des Proletariats, die nur unter Führung der KP China funktionieren kann, solange diese auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen steht.

Offenbar halten die Genossen Lucas Zeise und Elisseos Vagenas, deren Beiträge in der letzten T&P veröffentlicht wurden, dies nicht für relevant. Sie bezeichnen die VR China wechselseitig als kapitalistisches oder imperialistisches Land. Den chinesischen Kommunisten wird nichts, aber auch gar nichts zugutegehalten: nicht das Zurückschlagen der Konterrevolution, nicht das Standhalten gegen Gorbatschow, nicht das Standhalten gegen den Imperialismus seit 1989, nicht die gewaltige Aufbauleistung.

Der griechische Genosse kritisiert die Äußerung von Wen Jiabao bei einem Besuch in Griechenland, dass China einen stabilen Euro unterstütze, weil ein vereintes und starkes Europa eine unersetzliche Rolle bei der Entwicklung der Welt spielen könne. Aus der Sicht der VR China und des sozialistischen Aufbaus erscheint eine starke EU sinnvoll, damit die US-Imperialisten sich mehr mit der EU herumschlagen müssen und weniger auf China und die an-

deren sozialistischen Länder losgehen können. Das heißt doch für uns nicht, dass wir den Kampf gegen die EU und deren deutsche Führung aufgeben, abschwächen oder nicht mehr mit aller Kraft weiterführen. Wenn die chinesischen Genossen ein Abkommen mit der griechischen Bourgeoisie abschließen, dann heißt das nicht, dass die griechische Bourgeoisie ein Bündnis mit der griechischen Arbeiterklasse geschlossen hat [1]. So wie die Sowjetunion im August 1939 mit Deutschland einen Vertrag abschloss – und das unter den gegebenen Umständen völlig zu Recht. Damit hatte die deutsche Arbeiterklasse noch lange keinen Vertrag mit Hitler, den deutschen Faschisten und der deutschen Monopolbourgeoisie abgeschlossen, die objektiv und subjektiv ihr Feind geblieben waren.

### **Die internationale Arbeiterklasse – eine Front unterschiedlicher Abschnitte**

Die internationale Arbeiterklasse steht mit unterschiedlichen Aufgaben an drei unterschiedlichen Abschnitten der Front gegen den Imperialismus, woraus sich Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Abteilungen ergeben. Die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern hat die Aufgabe, den Sozialismus in ihrem Land aufzubauen; die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern hat die Aufgabe, den Imperialismus zu stürzen; die Arbeiterklasse in den vom Imperialismus abhängigen Ländern hat mit ihren Bündnispartnern aus der Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum, der Intelligenz und der nationalen Bourgeoisie die Aufgabe, den Imperialismus samt seinen Marionetten aus ihrem Land zu vertreiben.

Die Arbeiterklasse in einem sozialistischen Land wie China muss die Einkreisung, die Übergriffe des Imperialismus zurückweisen. Dabei muss sie Widersprüche im imperialistischen Lager ausnützen. Gerne wird übersehen, dass dieses Ausnützen von Widersprüchen nur so funktioniert, dass dem einen Imperialismus Zugeständnisse gemacht werden müssen, um einen anderen Imperialismus damit zu schwächen. Um überhaupt auf dieser Klaviatur spielen zu können, musste China seine Isolation durchbrechen und dem ausländischen Kapital die

Türen öffnen – das heißt im Klartext, dass ein Teil der chinesischen Arbeiterklasse der kapitalistischen Ausbeutung überlassen wurde. Das bedeutet zusätzlichen Mehrwert für VW, GM oder die Piräus-Kapitalisten und macht damit ihr Kapital stärker, nicht zuletzt gegenüber den Arbeitern in der BRD. Wenn sich im Gegenzug der chinesische Staat (über welche Beteiligungsformen auch immer) an VW beteiligen würde, dann wäre nach dieser Vorstellung die chinesische Arbeiterklasse Mitausbeuter eines Teils der deutschen Arbeiterklasse.

Diese Widersprüche kann man nicht wegdefinieren, indem man die Monopolbourgeoisie in China gedanklich an die Macht befördert und dadurch alles wieder seine Richtigkeit hätte: China würde so, statt Kompromisse mit den Räufern zu machen, um ihnen schließlich das Handwerk zu legen, damit selbst zum Räuber und würde Kompromisse machen, um mit den anderen Räufern die Beute zu teilen.

Die Verhältnisse sind aber nicht so! Wenn es dem Imperialismus gelänge, die Herrschaft der Arbeiterklasse – repräsentiert durch die KPCh – durch eine Konterrevolution zu stürzen, dann würde China vermutlich nicht als imperialistische Großmacht daraus hervorgehen, sondern als ein Land, das selbst um sein bescheidenes Auskommen und seine nationale Unabhängigkeit fürchten müsste. Und die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt hätten ein befreites Gebiet, einen Stützpunkt, einen Freund weniger.

### **Quellen und Anmerkungen:**

- [1] vgl. hierzu die Ausführungen des Gen. Togliatti / Ercoli auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935



# ROLLE DER VR CHINA

## IN DEN GEGENWÄRTIGEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Eine der wesentlichsten Schlussfolgerungen, die die chinesische Partei- und Staatsführung aus der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und Osteuropa zog, war, nach dem Ende der Bipolarität keine Unipolarität, eine alleinige Weltherrschaft der USA, zuzulassen.

Bei den internationalen Auseinandersetzungen ging es kaum mehr um den Gegensatz der beiden Gesellschaftssysteme. Doch der Charakter der Epoche hat sich in seinem Wesen nicht verändert: Es handelt sich nach wie vor um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, aber die gegenwärtigen Hauptfragen sind Frieden und Entwicklung. Eine neue imperialistische Weltherrschaft mit starken neokolonialistischen Zügen soll verhindert werden, weshalb China sich für ein friedliches Zusammenleben der Völker und Staaten einsetzt. China vertritt die Auffassung, dass alle Staaten, unabhängig davon, ob sie groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm sind, als gleichberechtigte Mitglieder an den internationalen Angelegenheiten teilnehmen dürfen.

Die Multipolarisierung hat inzwischen zahlreiche Befürworter auch verschiedener Regierungen gefunden. Aber diese konnten sich noch nicht gegen die imperialistischen Machtbestrebungen durchsetzen. Im Gegenteil! Kriege, internationale Konflikte, terroristische Aktionen kennzeichnen die internationale Lage. Bedrohungen anderer Länder, Gewalt- und Interventionspolitik, Maßnahmen zum Sturz legitimer fremder Staatsmacht nehmen zu, um politische und strategische Machtansprüche, Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten durchzusetzen. Der Kampf wird auch um wissenschaftlich-technische Vormacht geführt. Wirtschafts- und Finanzkrisen, Naturkatastrophen sowie globale Umweltprobleme verlangen nach Lösungen, die nur auf multilateralen und friedlichen Wegen zu erreichen sind.

### Ein neues Modell der staatlichen Beziehungen

Die Außenpolitik der VR China will zur Lösung dieser Fragen beitragen, nicht als „Großmacht“ (big power – dieser Begriff hat ja einen imperialen Beigeschmack), sondern als „verantwortungsbewusster großer Staat“ (major country). Die VR China tritt dafür ein, die Beziehungen zwischen den großen Staaten zu verändern, da diese den entscheidenden Einfluss in der Welt haben. Wichtige Bestandteile eines solchen Modells sind: Lösung von Differenzen durch Dialog und nicht durch Konfrontation, gegenseitige Respektierung der Wahl des Gesellschaftssystems und des Entwicklungsweges, Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils, Berücksichtigung der anderen Interessen bei der Verfolgung der eigenen Interessen. Erklärtes Ziel ist die Schaffung einer neuen politischen und ökonomischen internationalen Ordnung.

Die VR China geht davon aus, dass kein einzelner Staat, keine einzelne Staatengruppe in der Lage ist, die politische Entwicklung in der Welt zu bestimmen. Das internationale Gewicht der VR China hat in den vergangenen Jahren sichtbar zugenommen. China ist an die zweite Stelle der Staaten mit der größten wirtschaftlichen Leistung getreten. Die chinesische Währung gewinnt international an Kraft und Einfluss, 2013 wurden bereits neun Prozent des Welthandels in Yuan abgewickelt, und im Weltfinanzhandel findet der Yuan zunehmend Aufmerksamkeit. Die Dominanz des US-Dollars als globale Leitwährung wird schwächer. In internationalen Staatenorganisationen spielt die VR China eine zunehmende Rolle.

### Multipluralität durch neue Akteure

Neue Staatengruppen, die sich in den letzten Jahrzehnten zusammengeschlossen haben, nehmen wachsenden Einfluss auf internationale Fragen und die Situation in der Welt. Die VR

China hält sich zur G7 auf Distanz, arbeitet jedoch aktiv in der G20 mit. Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit wurde von China initiiert und 2001 dann formell gegründet (Russland, VR China, Kirgisistan, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan). Beobachterstatus haben die Mongolei, Afghanistan sowie Iran, Indien und Pakistan, welche jüngst die Mitgliedschaft beantragt haben.

Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) spielen eine besondere Rolle: Sie verkörpern 30 Prozent des Territoriums, 42 Prozent der Bevölkerung und über 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt. Sie haben, trotz Unterschieden in der Gesellschaftsordnung und der politischen Orientierung, die höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten der großen Staaten. Auf ihrem Gipfeltreffen im Juli des vergangenen Jahres in Brasilien riefen sie eine gemeinsame Entwicklungsbank und einen Währungsreserfefonds ins Leben, die mitunter schon als Gegenspieler der von den imperialistischen Ländern beherrschten Weltbank und des Weltwährungsfonds betrachtet werden. Während seines Aufenthalts in Brasilien hatte Xi Jinping Treffen mit elf weiteren Repräsentanten Lateinamerikas und der Karibik, worauf ein Forum zwischen China und dieser Region geschaffen wurde. Er besuchte auch Argentinien und Venezuela und vereinbarte eine umfassende strategische Partnerschaft mit ihnen. Und beim Treffen mit kubanischen Politikern hieß es, China sei ein „guter Freund, Genosse und Bruder“ von Kuba.

### Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses

Im November letzten Jahres fand in Beijing das 22. Gipfeltreffen der APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation) statt, die größte Organisation zur Förderung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Die USA mussten erneut zur Kenntnis nehmen, dass sich

der Prozess der Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses fortgesetzt. Die Orientierung auf wirtschaftliche Entwicklung und politische Zusammenarbeit, die insbesondere auch von der chinesischen Delegation vertreten wurde, dominierte die Konferenz, nicht aber die von den USA in den letzten Jahren betriebene Politik der militärischen Aufrüstung und antichinesischen Blockbildung.

Die Konferenz für Interaktion und Vertrauensbildung in Asien, die in diesem Jahr in China stattfand, orientiert sich an dem Grundsatz, dass asiatische Staaten die Sicherheitsprobleme in ihrer Region selbst lösen. Das 10. Gipfeltreffen des Asien-Europa-Treffens im Oktober 2014, an dem Chinas Ministerpräsident Li Keqiang teilnahm, hatte die Förderung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Politik, Bildung, Kultur und Umwelt zum Ziel. Als wichtiger Pol einer multipolaren Welt wird Europa in der umfassenden Strategie Chinas als Partner betrachtet. Intensiv wird von China an dem „Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel“ gearbeitet, einem Transportkorridor zwischen Europa und Asien, und der schrittweisen Abschaffung der Handelsschranken entlang dieses Korridors. Parallel dazu wird das Projekt einer „Maritimen Seidenstraße“ verfolgt, die von Südostchina über die Golfregion nach Europa führen soll.

Die aktuelle internationale Entwicklung läuft auf eine Reduzierung des Gewichts der USA und Westeuropas hinaus. Deshalb versuchen die Imperialisten, die NATO an die Grenzen Russlands heranzuschieben, Russland zu destabilisieren und ihm das westliche Wertesystem aufzudrücken. Gleichzeitig betreiben sie eine Politik der Eindämmung und Einkreisung Chinas, seiner Destabilisierung und der Bekämpfung des internationalen Einflusses der VR China. Sie versuchen, einen „Feuerring“ um China zu legen, und mischen sich wiederholt in die inneren Angelegenheiten Chinas ein. Auf dem XVIII. Parteitag der KP Chinas wurde erklärt: „Wir wahren entschieden die Souveränität, die Sicherheit und die Entwicklungsinteressen unseres Staates. China wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen und nie nach Hegemonie trachten oder Expansion betreiben.“ Ausdrücklich wird betont: „Wir lassen uns die Werte, Ide-

ologie und das Gesellschaftssystem des Westens nicht aufzwingen.“ Die internationale Strategie der VR China dient dem Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung, und die chinesische Außenpolitik soll den Weltfrieden sichern und ein friedliches internationales Umfeld für den Aufbau des Landes schaffen.

### **Beziehungen zu den Nachbarstaaten**

Großen Wert legt die VR China auf gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Die Beziehungen mit der KDVR sind bestimmt von dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Dabei stehen Fragen der Friedenssicherung im Mittelpunkt. China drängt auf baldige Wiederaufnahme der 6er-Verhandlungsrunde über Kernwaffen auf der koreanischen Halbinsel.

Die Beziehungen mit der Sozialistischen Republik Vietnam sind durch die Auseinandersetzungen über die Zugehörigkeit der Inseln im Südchinesischem Meer nach wie vor getrübt. Anlässlich des 65. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und der SR Vietnam führten die Generalsekretäre beider Kommunistischer Parteien ein Telefongespräch, in dem von Xi Jinping der gemeinsame Weg des Sozialismus und der Geist guter Nachbarschaft, guter Freunde, guter Genossen und guter Partner gewürdigt wurde (Xinhuanet 11.2.2015).

Die frostigen Beziehungen zwischen China und Japan (zum einen durch den Inselstreit, zum anderen wegen der Ehrung der von einem internationalen Gerichtshof verurteilten japanischen Kriegsverbrecher im Yasukuni-Schrein) sind trotz des von der Presse besonders beachteten Handschlags des japanischen Ministerpräsidenten Abe mit Präsident Xi Jinping auf dem APEC-Treffen nicht auf dem Weg der Normalisierung. [1]

Eine besondere Rolle spielen die Beziehungen zwischen China und Russland. Im März 2013, kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten der VR China, führte die erste Auslandsreise Xi Jinping nach Russland. Dieser Besuch wurde als Signal interpretiert, dass China sein hauptsächliches Engagement nicht nur auf den pazifischen

Raum im Osten, sondern mit gleicher Aufmerksamkeit auch auf den Westen richtet. „Russland ist unser größtes Nachbarland. Unsere beiden Länder haben breite gemeinsame Interessen. Beide Staaten unterstützen entschieden die Entwicklung der anderen Seite, den Schutz der wesentlichen Interessen der anderen Seite, die selbstständige Wahl des Entwicklungsweges und der gesellschaftlichen, politischen Ordnung der anderen Seite. Ihre konkrete Zusammenarbeit hat große Fortschritte gemacht, ihre internationale strategische Koordinierung und Zusammenarbeit haben ein neues Niveau erreicht.“ [2]

Der Druck der USA auf China und Russland führte zu verstärkten chinesisch-russischen Beziehungen. Im Mai 2014 wurden während eines Besuchs von Putin in China weitreichende Vereinbarungen als Antwort auf die westliche Sanktionspolitik gegenüber Russland getroffen. Allerdings stimmte China nicht in allen Fragen mit Russland überein und enthielt sich bei UNO-Abstimmungen zu Fragen der Krim der Stimme. Außenminister Wang Yi erklärte auf der UNO-Vollversammlung, China hoffe, dass die verschiedenen Nationalitäten der Ukraine in harmonischer Koexistenz zusammen leben könnten. China rief die verschiedenen Seiten in der Ukraine auf, die Vereinbarung zur Waffenruhe in die Tat umzusetzen und durch politischen Dialog und Verhandlungen eine politische Lösung zu finden. Im Zusammenhang mit der jüngsten APEC-Tagung kam es zu weiteren bedeutenden von Xi Jinping und Putin unterzeichneten Vereinbarungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

### **Folgen für den Frieden**

„Die Beziehungen zwischen China und den USA“, heißt es im Dokument der Renmin Ribao weiter, „stehen im Brennpunkt der Weltöffentlichkeit. Wenn die Zusammenarbeit zwischen China und den USA gut ist, kann das zur Stabilisierung der Welt beitragen und den Weltfrieden befördern. China und die USA ... sollen sich gemeinsam um die Schaffung von Beziehungen zwischen großen Staaten ohne Konflikte und Konfrontation, der gegenseitigen Achtung, der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil bemühen.“





In den internationalen Beziehungen Chinas verursachen die USA das größte Problem. Der asiatisch-pazifische Raum wurde von Präsident Obama im Januar 2012 zum Hauptziel seiner Außen- und Sicherheitspolitik erklärt. 60 Prozent der Marinekräfte der USA sollen hier stationiert werden. Trotz dieser Einkreisungspolitik behauptete

Obama während seines Staatsbesuchs im Anschluss an die APEC-Tagung, die USA hätten keine Absicht, einen Ring um China zu bilden. Die VR China unternimmt große Anstrengungen, die internationalen Beziehungen zu entspannen, Krisen zu entschärfen, das internationale Klima zu verbessern und den Weltfrieden zu bewahren.

#### Quellen und Anmerkungen:

[1] Am 1.12.2014 begannen China und Japan mit der Vernichtung der während des II. Weltkriegs von Japan in China zurückgelassenen Chemiewaffen. Japan hinterließ an etwa 40 Orten in 15 Provinzen Chinas mindestens zwei Millionen Tonnen Chemiewaffen, die meisten davon in den drei nordostchinesischen Provinzen Heilongjiang, Jilin und Liaoning. (CRI 1.12.2014).

[2] Renmin Ribao, 15.7.2014

Prof. Eike Kopf

## CHINA AKTUELL

Seit dem Jahr 2002 arbeite ich als Muttersprachler zusammen mit sechs chinesischen Kollegen an der deutschen Version der Tätigkeitsberichte der Regierungen für das zentrale Parlament Chinas. Was ist 2015 neu daran im Vergleich zu den Vorjahren?

### Kontinuität

Mich beeindruckt weniger das Neue als vielmehr die große Kontinuität der jährlichen Berichte. Denn es geht nicht um spektakuläre Sensationen wie im Journalismus. Es geht vielmehr um die Widerspiegelung der realen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung im bevölkerungsreichsten Land der Erde mit seinen 56 Nationalitäten, seinen konkreten geographischen, klimatischen, demographischen und historisch gewachsenen Besonderheiten auf einer Landfläche, die nahezu so groß ist wie die der USA oder des gesamten europäischen Kontinents von Irland bis zum Ural-Gebirge.

Nach jahrzehntelangen Befreiungskämpfen und Bürgerkrieg hat Mao Zedong am 1.10.1949 die Volksrepublik, das Neue China, ausgerufen. Auf Grund des industriellen Entwicklungsstandes wäre China als größtes Entwicklungsland noch gar nicht reif für den sozialistischen Aufbau. Revolutionäre Kräfte können kein Wunsdenken nutzen. Nach der Pariser Kommune 1871 erkannte Marx, dass der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen (d. h. niederen Phase der kommunistischen) Gesellschaft wahrscheinlich nicht in kurzer Zeit zu realisieren ist, sondern „daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durch-

zumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden“ [1]. 1875 in seiner Kritik des Gothaer Parteiprogramms stellte er fest: Zu den notwendigen Voraussetzungen des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft gehört, dass auf der Basis der im Zusammenhang mit dem Weltmarkt entwickelten Produktivkräfte „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“ müssen [2]. „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*“ [3]. Diese Übergangsperiode ist dann als Sozialismus oder sozialistische Gesellschaft bezeichnet worden.

### Anfangsphase des Sozialismus

Dem entspricht die Erkenntnis der Führung der KP Chinas nach 1978, dass sich China in der Anfangsphase des Sozialismus befindet und in einem Jahrhundertwerk (also bis 2049 seit Gründung der Volksrepublik) fleißiger, disziplinierter, ausdauernder, innovativer Arbeit die (vor allem) ökonomischen Grundlagen des Sozialismus schaffen muss. Eine Zwischentappe soll bis zum 100. Jahrestag der Gründung der KPCh (also bis 2021) erreicht werden, nämlich eine Gesellschaft mit durchschnittlich bescheidenem Wohlstand. Dies wird bewusst und planmäßig durch Fünfjahrpläne und Jahrespläne schrittweise umgesetzt oder „untermauert“.



Man muss sich in die Lage der führenden Kräfte des Landes um Deng Xiaoping versetzen, die dieses großartige, aber realistische Konzept entwickelt haben – so wie manche Baumeister großer Kathedralen wussten, dass sie die Fertigstellung ihres Bauwerkes wegen der Länge der Bauzeit nicht erleben können: Es wird ein Werk begonnen, an welchem Millionen sozialistischer Erbauer beteiligt sind, die aber das Ende des Werks nicht erleben können. Der Läufer China ist bei dem sozialistischen Marathonlauf beim Kilometer 30 angelangt. Die noch zu meisternden 12 Kilometer erfordern Zuversicht auf die eigene Kraft und die Selbstdisziplin, die Taktik der beständigen, scheinbar langweiligen, gleichen Schrittfrequenz durchzuhalten bis zum Ziel.

Es ist oberstes Prinzip der chinesischen Politik, im Interesse des Volkes zu handeln und an den vier Prinzipien festzuhalten: sozialistischer Weg, Diktatur der Werktätigen, Führung durch die KPCh, Marxismus-Leninismus (bereichert durch die Deng Xiaoping-Theorie). „Chinesisches Volk“, „Frieden“ und „Entwicklung“ sind ihre Hauptinhalte und Hauptziele. Deshalb hoffe ich, dass in jedem kommenden Jahr die Regierung den Delegierten des NVK mitteilen kann, die beschlossenen Aufgaben seien planmäßig und diszipliniert erfüllt worden.

### ... und neue Akzente

Bei aller Kontinuität der Berichterstattung gibt es 2015 auch neue Akzente: Vor etwa acht Jahren nahm China noch den 5. Rang auf der Erde hinsichtlich des absoluten BIP ein; seit

zwei Jahren den 2. Rang; nach verschiedenen Prognosen internationaler Institutionen dürfte es dieses oder nächstes Jahr den 1. Rang einnehmen – passend zur Einwohnerzahl von mehr als 1300 Millionen (zum Vergleich: die USA haben 300 Millionen Einwohner). Das darf jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass sich China hinsichtlich des BIP pro Kopf etwa auf dem 80. Rang bewegt. China bleibt also auch in den nächsten Jahren noch das größte Entwicklungsland. Der spezifische Unterschied zu andern Ländern besteht jedoch darin, dass es von einer kommunistischen Partei geführt wird. Und so hoffen zwar die vom Export existierenden Kapitalisten darauf, dass China wirtschaftlich stark bleibt und dadurch imstande ist, viele Waren kaufen zu können – andererseits wird China immer mehr als politischer und ideologischer Hauptgegner behandelt (allen voran von den USA und Deutschland). Der internationale Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus ist nicht aufgehoben.

Unter den für den Absatz chinesischer Produkte ungünstigen Bedingungen der noch nicht überwundenen Weltwirtschaftskrise seit 2008 hat China sein Wirtschaftswachstum 2014 um 7,4 Prozent steigern können (im vorangegangenen Fünfjahrplan waren es

ca. zehn Prozent pro Jahr); es könnte für 2015 etwa bei sieben Prozent oder etwas darunter liegen (zum Vergleich: die deutsche Regierung plant für 2015 etwa ein Prozent und weniger). Daher orientiert die Führung auf eine „neue Normalität“ in der Wirtschaftsentwicklung, die das Hauptziel nicht in der Quantität, in einer „Viele-Tonnen-Ideologie“ sieht, sondern in der zielgerichtet wachsenden Qualität, der Haltbarkeit, der Intelligenzintensivität der Produkte (Übergang von der Marke „Made in China“ zur Marke „Created in China“) und in der Erhöhung des Konsums der eigenen Bevölkerung als Wachstumsfaktor.

### **Vorschläge für die chinesische Führung**

In der Geschichte der Menschheit gab es schon viele große Mächte. In seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ sprach Engels 1845 die Hoffnung aus, dass Großbritannien als erstes Land eine sozialistische Revolution erleben werde. Und Marx hoffte, dass die USA, nachdem im nordamerikanischen Bürgerkrieg 1861–1864 die industriell entwickelten Nordstaaten die landwirtschaftlich geprägten Südstaaten und ihre Sklaverei besiegt hatten, sich zu einer großen sozialistischen Republik entwickeln

würden. Im Grußschreiben an Abraham Lincoln und im Vorwort zum „Kapital“ 1867 kommt dies zum Ausdruck. Das erste sozialistische Land der Erde, die Sowjetunion, wurde 1989–1991 von einer degenerierten Führung aufgegeben.

Das wichtigste Merkmal einer sozialistischen Gesellschaft ist das Volkseigentum an den grundlegenden Produktivkräften. Um ihrer Expansion Raum zu verschaffen, wurde es von wirtschaftlich erstarkten Privateigentümern oder Konglomeraten wieder in privates Eigentum zurück verwandelt. Die chinesische Führung muss sehr darauf achten, nicht die neoliberalistischen Konzepte des Westens zu kopieren. Von Politökonomien, Politikern und Ideologen kapitalistischer Länder kann man beim besten Willen keine Erfahrungen und Ratschläge für den Aufbau und die Führung sozialistischer Gesellschaften erwarten.

*Beijing, den 6.3.2015*

### **Quellen und Anmerkungen:**

- [1] K. Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW. Bd. 17, S. 343
- [2] K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW. Bd. 19, S. 21
- [3] K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW. Bd. 19, S. 28



*Richard Corell u. a.*

## **KAMPF DER LINIEN IN DER KPCh**

Es gibt in der KPCh einen harten politischen Meinungskampf, in dem zwei Grundlinien deutlich sind: Die Mehrheit will eine kontinuierliche Entwicklung. Eine linke Minderheit sieht aber die Gefahr, dass bei „Öffnung und Reform“ die Marktwirtschaft vom Mittel zum Zweck wird, d. h. zur Rückkehr des Kapitalismus und zur Machtübernahme der Bourgeoisie führt. Das könne in der heutigen Weltlage nur die vollständige Unterwerfung Chinas unter den Imperialismus, seine Aufteilung unter die imperialistischen Großmächte und seine Rekolonialisierung bedeuten. (...)

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch den Zweiflern die Überle-

genheit des Sozialismus in China gezeigt. Trotz vieler Dispute ist die große Mehrheit innerhalb und außerhalb der Partei in China heute mit öffentlichem Eigentum und Makrosteuerung (d. h. Wirtschaftsplanung) einverstanden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise bot die Möglichkeit, gegen die Befürworter einer Steigerung des Anteils von Privateigentum in der Wirtschaft zu argumentieren. Es wird weiter als große Herausforderung gesehen, den Sozialismus mit chinesischen Charakteristika zu stärken, d. h. die Produktivkräfte so schnell wie möglich zu entwickeln – auch unter Einbeziehung von ausländischem Kapital. Ohne in der Entwicklung der Produktivkräfte zur Weltspitze aufzuschließen, habe der

Sozialismus auf Dauer keine Chance.

Es geht also darum, den kapitalistischen Tiger zu reiten, ihm die Sporen zu geben, um die Entwicklung zu beschleunigen, doch ohne die Herrschaft zu verlieren und herunterzufallen. Das problematische Etikett für diesen Ritt heißt: sozialistische Marktwirtschaft!

Dazu bemerkte ein Genosse von der Akademie des Marxismus in Beijing 2010: Ihr fragt, ist das Sozialismus? Ist das Glas halbleer oder halbvoll? Unsere Antwort ist: Der Kampf um den Sozialismus geht weiter.



# „IN SICH GESCHLOSSEN UND HARMONISCH“

## ZU LENINS „DREI QUELLEN UND DREI BESTANDTEILE DES MARXISMUS“. TEIL 2

Nicht nur der im ersten Teil der Anmerkungen zu Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ [1] behandelte Satz über die „Allmächtigkeit“ der Marxschen Lehre [2] erregt(e) die Gemüter der Gegner des Marxismus (wie auch die einiger ihm Wohlgesonnener). Auch das ihm folgende Diktum galt und gilt selbst in manchen sich als marxistisch verstehenden Kreisen als problematisch. Unmittelbar nach „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“ heißt es in den „Drei Quellen“: „Sie ist in sich geschlossen und harmonisch.“ [3]

Auf den ersten Blick drängen sich beim Lesen dieses Satzes sofort zwei kritische Punkte ins Bewusstsein. Erstens, wie kann der Marxismus „in sich geschlossen“ sein; ist Geschlossenheit und die Unfähigkeit Neues aufzunehmen und zu integrieren nicht gerade ein wesentliches Charakteristikum eines Dogmas? Zweitens, wie kann der Marxismus „harmonisch“ sein, wenn zu seinen Quellen und Bestandteilen die Lehre vom Widerspruch gehört; ist Widerspruch nicht gerade das Gegenteil von Harmonie?

Auch dieser Satz muss aus der Tradition sowie dem System und der Methode der dialektischen Philosophie, zu welchem der Marxismus in einem Erb- und Fortsetzungsverhältnis steht, begriffen werden, wenn er recht verstanden werden will.

Ein Blick auf das russische Original bietet zunächst einmal einen guten Ausgangspunkt für das bessere Verständnis der betreffenden Passage. Das russische Wort, welches die Übersetzung mit „in sich geschlossen“ wiedergibt, ist *полный* (*polny*). Das Wort, das wortgeschichtlich mit dem deutschen Wort „voll“ verwandt ist, bedeutet im Russischen „voll, komplett, absolut, total“. Bedeutungsmäßig steht es also in Verbindung mit dem im ersten Teil der Anmerkungen herausgearbeiteten Begriff des Ganzen. Wir haben gesehen, der Weltentwurf des Marxismus lässt

sich in Anschluss an Engels, Lenin und Hans Heinz Holz als ein Modell von relativem Wahrheitsgehalt, das in unendlicher Annäherung an die absolute Wahrheit (die Totalität) die systematisch zusammenhängende Gesamtheit wissenschaftlichen Wissens integriert und zu einer politischen Handlungsanleitung systematisiert, als „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ verstehen.

### Gesamtzusammenhang oder offenes System

„Ein Gesamtzusammenhang, der sich in den Bewegungsformen seiner Bestandteile herstellt und darstellt, hat die Gestalt des Systems. Da die Welt größer ist und mehr enthält, als wir je von ihr wissen können, darf ein System nicht als ein endliches, geschlossenes von sich behaupten, eine Abbildung des Ganzen zu sein, sondern muss sich offenhalten für Erweiterungen, für den Eintritt des Neuen.“

Ein „offenes System“ zeichnet sich dadurch aus, dass die Bewegungsformen, aus denen seine Systemgestalt hervorgeht, auch den Übergang zu Neuem, die Verwirklichung von darin angelegten Möglichkeiten, die Entstehung weiterer Möglichkeiten in Gang setzen. Darum ist der Marxismus als Dialektik nicht nur eine Wissenschaft von der Geschichte und Geschichtlichkeit des Menschen, sondern von der Natur als Geschichte. [...] „Der Marxismus ist als theoretische Repräsentation dieser Logik der Entwicklung in Natur- und Menschheitsgeschichte eine systematische wissenschaftliche Weltanschauung.“ [4]

„In sich geschlossen“ bezieht sich also gerade auf den einheitlichen Charakter von der System-Methode des Marxismus als „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“. Für den Marxismus als Weltanschauung gilt natürlich, dass er „im Fluss“ ist – wie es der antike Dialektiker Heraklit bildlich ausdrückte – wo stets anderes Wasser hinzuströmt und man deshalb nicht

zweimal in denselben Fluss steigen kann. In diesem Sinne ist er offen. Aber – um beim Bild zu bleiben – ein Fluss ist ein Fluss und kein Berg, und ein Fluss hat ein Bett und einen Verlauf. In dieser Hinsicht ist der Marxismus „in sich geschlossen“.

Dies impliziert zweierlei. Erstens, man kann den Marxismus nicht wie einen Steinbruch gebrauchen, etwa seine politisch-ökonomischen Analysen übernehmen, aber deren politisch-praktische revolutionäre Konsequenzen verwerfen, wenn es sich danach noch um Marxismus handeln soll. Zweitens, man kann dem Marxismus nicht gleich einer Flickschusterei seiner System-Methode wesensfremde Elemente – wie etwa die „Kritische Theorie“ der Frankfurter Schule – eingliedern, wenn es sich danach noch um Marxismus handeln soll.

### Harmonie als dialektischer Begriff

Wenden wir uns nun dem russischen Wort zu, welches in der Übersetzung als „harmonisch“ wiedergegeben wird. Russisch *стройный* (*stroiny*) bedeutet „wohlgeformt, harmonisch, geordnet, logisch“ und ist abgeleitet von dem Wort *строй* (*stroi*), das „Ordnung, System“ bedeutet. In seiner Bedeutung als „wohlgeformt, geordnet, logisch“ verweist es einmal mehr auf den systematisch-methodologischen Charakter der marxistischen Weltanschauung als einheitliches wissenschaftlich-weltanschauliches Modell der in, durch, aus der Dialektik formulierten Selbstbewegungsgesetze des Seins in Natur, Gesellschaft und Denken. Die Bedeutungsnuance „harmonisch“, die nicht zufällig mit „wohlgeformt, geordnet, logisch“ verschränkt ist, muss nun gerade in ihrem dialektischen Sinn begriffen werden.

Harmonie als dialektischer Begriff ist so alt wie die ersten philosophischen Formulierungsversuche der Dialektik in West und Ost. Schon im Daojijing [5] finden wir ein dialektisches



Verständnis von Harmonie, und bei Heraklit heißt es: „Das Auseinanderstrebende vereinigt sich, und aus den Verschiedenen entsteht die schönste Harmonie, und alles entsteht durch den Streit.“ [6]

Bei Leibniz finden wir Harmonie dann in ihrer Verschränkung mit den Begriffen Einheit und Totalität. Jedes Einzelne ist ein in seinen verschiedenen Zusammenhängen Wirkendes und von den verschiedenen Zusammenhängen Bewirktes. Wirken ist in seinem dialektischen Doppelcharakter sowohl aktiv als auch passiv als wechselseitiges materielles Verhältnis zu verstehen und wird von Leibniz metaphorisch als Spiegelung bezeichnet (was Hans Heinz Holz in seiner Philosophie im Anschluss an Lenin zur Widerspiegelungstheorie ausgearbeitet hat). Als Ausdruck einer exakten Metapher ist jedes Seiende (vom Atom bis zum biologischen Organismus, über den Menschen bis zur Galaxie) ein Spiegel, der alle anderen Spiegel auf seine je eigene Art und Weise und von seinem je eigenen Punkt in der Welt spiegelt. Jedes ist mit allem in unterschiedlichem Maße und zu unterschiedlichem Grad vermittelt. Jedes einzelne Seiende ist, wie Leibniz sagen würde, ein lebendiger Spiegel der Welt als Ganzes. Die Welt ist die Einheit aller einzelnen Seienden, was Leibniz als universelle Harmonie bezeichnet hat. Das Leibnizsche Harmoniekonzept steht also für den widersprüchlichen Wirkungszusammenhang der einzelnen Seienden als Einheit auf verschiedenen Ebenen.

Wir sehen, in der dialektischen Tradition wird Harmonie nicht statisch-versöhnlich begriffen, sondern gerade als Titel für den Kampf und die Einheit der Gegensätze. Lenin verwendet russisch *стройный* „wohlgeformt, harmonisch, geordnet, logisch“ im Bezug auf den Marxismus genau im Sinne dieses philosophischen Erbes. Der Marxismus bildet systematisch und methodologisch als Einheit seiner Quellen und Bestandteile (Philosophie, politische Ökonomie und Sozialismus) ein harmonisches Ganzes. Er ist eben keine „große Erzählung“, der beliebig etwas hinzugedichtet oder wegedigert werden kann, sondern ist ein offenes System, das nur auf seiner eigenen Grundlage einheitlich weiterentwickelt werden kann.

## Umwege zur Erkenntnis

Das schließt gegensätzliche Ansichten gerade ein. „Die marxistische Theorie ist herausgefordert, [...] auf die neu entstehenden Fragen Antworten zu finden – politökonomische, soziologische, psychologische, politische. Viele dieser Antworten werden zunächst Versuche sein, werden mit neuen Ideen experimentieren, werden in der Praxis erprobt und korrigiert werden müssen. Erkenntnis entwickelt sich nicht einfach nur durch Auffinden von Wahrheiten, sondern immer auch auf dem Umweg über Irrtümer und ihre Korrektur. Eine Pluralität von Konzepten gehört zum Fortschritt des Wissens. Aber unter einer Mehrzahl von Vorstellungen sind nicht alle gleich richtig und gleich realisierbar. Die Wahrheit ist nicht etwas Beliebiges, worauf man sich in einem Kompromiss zwischen widersprechenden Meinungen einigen könnte; sondern sie ist die richtige Darstellung der Wirklichkeit und der in ihr liegenden Möglichkeiten in unserem Denken. Darum ist erkenntnistheoretischer Pluralismus ein Widersinn, so wie die Pluralität der Meinungen notwendig für den Weg zur einen Wahrheit ist.

Die Entwicklung des Marxismus heute wird und muss sich in vielen, auch gegensätzlichen Gedankenansätzen vollziehen. Das heißt aber nicht, dass alles und jedes zur Disposition steht. Wissenschaftliche Erkenntnisse entwickeln sich auf vielfältige Weise innerhalb eines „Paradigmas“ (wie die Wissenschaftstheoretiker das nennen), also innerhalb eines „Erklärungsmusters und Rahmenmodells der Wirklichkeit.“ [7]

Der Marxismus sei Steinbruch für Sozialdemokraten und Bürgerliche und damit auch von Einfluss auf diese, er sei ein bunt bebildertes Album für Eklektiker und vielleicht auch von Einfluss auf jene, er **ist** aber System und Methode für MarxistInnen, als Werkzeug der Analyse, aber auch der Anleitung für die politische Praxis, und diese ist für Marxisten nun einmal die Revolution, nicht mehr, aber keinesfalls weniger, und deswegen ist er auch Leninismus geworden.

\* *Hannes Fellner ist Landesvorsitzender der PdA Wien und Vorstandsmitglied der Salzburger Gesellschaft für Dialektische Philosophie.*

## Quellen und Anmerkungen:

- [1] T&P Heft 36, S. 16
- [2] Meinem Kollegen, Freund, Genossen Kaan Kangal verdanke ich den Vorschlag, russisch *всесильный* – das wie erläutert, mit „allmächtig“ wiedergegeben wird und im ersten Teil der Anmerkungen mit „stark in Bezug auf Alles/das Ganze“ umschrieben worden ist, als „allkräftig“ zu übertragen. Denn auch bei Hegel und Hans Heinz Holz ist es die Kraft, und nicht die Stärke des Denkens, die diesem ermöglicht, das Sein zu übergreifen und dieses in sich zu reflektieren. Es ist wiederum die Kraft, die „aktiviert“ wird (*vis activa*), wenn das Denken sich als das Sein reflektierende Denken wiederum reflektiert (widerspiegelt).“
- [3] LW, Bd. 19, S. 3–9
- [4] Hans Heinz Holz, Orientierung in der Vielheit der Erscheinungen – Die Einheit des Marxismus auf dem Prüfstand. junge Welt, Beilage „marxismus“, 28. 8. 2006. <http://archiv.jungewelt.de/beilage/art/1183>
- [5] Klassischer chinesischer Text in Form einer Spruchsammlung aus dem 6. Jh. v. u. Z., der traditionell Laozi zugeschrieben wird. Siehe Hans Heinz Holz, China im Kulturvergleich. Köln: Jürgen Dinter, 1994.
- [6] Die Fragmente der Vorsokratiker. Griechisch und Deutsch von Hermann Diels. 1. Band. Hildesheim: Weidmann, 2004 (= 6. Aufl. 1951), S. 78.
- [7] Hans Heinz Holz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus. Essen: Neue Impulse Verlag, 1991, S. 30



# DIE BEICHTSTÜHLE DES IMPERIALISMUS

## EINE RANDBEMERKUNG

Der Imperialismus ist klug. In hundert Jahren Herrschaft hat er sich ein beachtliches Reservoir von Herrschaftsmethoden angeeignet, die den jeweiligen Bedingungen angepasst werden können. Wann offener Faschismus, wann bürgerlicher Parlamentarismus gebraucht wird – mal als eher autoritäre, mal als eher sozialpartnerschaftlich gestaltete Herrschaft – ist von Zeit zu Zeit neu zu justieren. Auch innerhalb der jeweiligen Herrschaftsformen konnten die Beherrschten Erfahrungen mit einer breiten Palette von unterschiedlichen Herrschaftsmethoden machen. Da gab es dann schon mal „Mehr Demokratie wagen“ mit Berufsverboten, Friedenspropaganda mit NATO-Doppelbeschluss und – immer wieder gerne betrieben – der Export von Menschenrechten als der dringendste Kriegsgrund. Es war wohl in den 1980er Jahren als die Menschenrechte für den Imperialismus in Mode kamen. Wegen verletzter Menschenrechte – die die Imperialisten moniert hatten – wurden jährlich Rüstungsausgaben in bisher ungekannter Höhe beschlossen, Länder zerbombt, Staaten zertrümmert und ganze Regionen unter den Schutz des freien Westens gestellt – was gleichbedeutend ist mit anhaltendem Krieg.

Um diese grandiosen Gegensätze den Beherrschten zu vermitteln braucht es den Stundenlohn, den Schernikau schön kurz erläuterte. Und es braucht Medien. Sie, in bunter Vielfalt den gleichen Herren dienend, machen um Alles und Jedes einen Wirbel. Eine Frage wie „Ist der nächste Krieg gerechtfertigt?“ – etwa wegen der Menschenrechte, wegen des Friedens, wegen der Rohstoffe, wegen des Fortschritts, wegen der Moderne – wird in den Zeitungen, in den Talkshows, in den Magazinen und Illustrierten, aufs Blogs und in Internetforen rauf und runter debattiert. Kaum eine, der Herrschaft nützliche Meinung bleibt dabei ungenannt. Ein wahrhaft investigativer Pluralismus herrscht da. Zu diesem Geschäft gehört selbstredend, dass jede, dem

„der kapitalismus hatte nur eine chance: so zu tun, als sei er keiner.  
er würde den leuten mit dem stundenlohn erzählen müssen,  
sie seien herren ihrer selbst.  
das hat geklappt. herzlichen glückwunsch.“  
*ronald m. schernikau*

Fortbestand des Imperialismus schädliche Haltung außen vor gehalten wird. Damit das nicht dauernd auffällt, muss alles immer so schrill und bunt und gut gelaunt sein. Gelegentlich auch konfrontativ, zugespitzt, heftig – das hinterlässt einen besonders wirksamen Eindruck. Wer Medien hat, braucht für Zensur nicht zu sorgen, schrieb Peter Hacks. In einer Arbeit von Dietmar Dath konnte man einmal lesen, dass Fernsehen nicht dumm macht. Das aber nur, so Dath, wenn man zuvor gelernt hat, selbst zu denken.

### **Ausgesprochen und damit erledigt?**

In letzter Zeit hören wir immer häufiger Leute anerkennend, bewundernd oder gar begeistert von dem Umstand berichten, dass in der jüngsten Satiresendung einer Fernsehanstalt, bevorzugt einer öffentlich-rechtlichen, wieder einmal ein Skandal aufgedeckt, eine Seilschaft namentlich benannt, ein Politiker demaskiert oder eine bislang geheim gehaltene Nachricht öffentlich verlautbart wurde. Einige Bekanntheit erlangte die Tatsache, dass in der ZDF-Sendung „Die Anstalt“ der Herausgeber der „Zeit“, Josef Joffe, als Mitglied, Beirat oder Vorstand von acht „transatlantischen“ (sprich: pro NATO) Organisationen, Stiftungen, Think Tanks, Netzwerken benannt wurde. Zwei Kabarettisten hatten, ganz engagiert, auf einer Schautafel die Vernetzung von Regierungsbehörden, Wirtschaftsverbänden, Redaktionen, Stiftungen etc. ganz realistisch dargestellt. Herrn Joffe war dieses Outing unpassend, er verklagte das ZDF auf Unterlassung – und verlor den Prozess. Außer Joffe interessierte sich niemand von den anderen benannten Strippenziehern des Imperialismus für den Vorfall – es wird ihnen wohl zu banal gewesen sein.

Die Sache wäre nicht der Rede wert, wenn nicht die Leute, die einem von derlei TV-Sendungen berichten, stets recht begeistert wären. Ganz so, als wäre der satirisch kritisierte Umstand allein deswegen, weil er öffentlich-rechtlich benannt wird, schon halb aus der Welt geschafft ist. Diese Erwartung funktioniert so wie bei den Katholiken die Beichte. Hier gilt das gleiche Prinzip.

Die skandalträchtige Satire ist ein Teil des Mediengeschäfts, das tagein tagaus das Wesen der Verhältnisse bis zur Unkenntlichkeit verdeckt, indem die Erscheinungsebene in grellem Licht und schrillum Ton serviert wird. Geschieht es mal anders, wird tatsächlich ein Zusammenhang erkenntlich, Wesentliches ist benannt, das einerseits hilfreich ist, um die Glaubwürdigkeit des Geschäfts zu erhalten. Der schönen Fassade des Systems ist das nur zuträglich. Andererseits schafft es die oben beschriebene Entlastung – wie dem Katholiken die Beichte. Endlich wird im Fernsehen mal was Wahres gesagt! Manche Leute erwarten wirklich, dass dies Folgen haben werde.

Satiresendungen sind – neben anderem – die Beichtstühle des Imperialismus. Dass TV-Satire in sehr wenigen Fällen einfach witzig sein und zur Erheiterung beitragen kann, soll hier kurz erwähnt, aber nicht weiter erörtert werden.

### **Kulturpolitik ist Wirtschaftspolitik**

Gerät den Medien eine Sache mal in Schiefelage, besteht Handlungsbedarf. Hierzu zwei Beispiele. Als man sich im vergangenen Jahr nach dem gelungenen, vom Imperialismus gesteuerten Putsch in Kiew so in den Rausch ge-

redet hatte, dass ausnahmslos alle nur noch eine einzige Meinung zum Ereignis zu verkaufen hatten, reichte es dem Publikum damit bald. Wir wissen nicht, wie viele Protestmails, Tweets, Postings und Einträge Beschwerden bei den Einheitsmeinungsanstalten abladen. Es müssen viele gewesen sein, denn nach einer gewissen Zeit durften (nein: mussten!) auch kritische Positionen in den Talkshows vertreten werden. Das half – danach waren die Lügen wieder glaubwürdiger.

Als im Herbst 2011 bekannt wurde, dass der Staatsschutz vielfältige und förderliche Beziehungen zu der faschistischen Gruppe namens NSU und deren Umfeld unterhalten hatte, war für wenige Tage die Tatsache klar erkennbar: eine einflussreiche Fraktion im Staatsapparat ist an der permanenten Aufrechterhaltung aktiver faschistischer Gruppen und Strukturen – zumindest als Drohpotenzial – interessiert. Nach der ersten Irritation ob dieses Umstandes brauchten Medi-

en (und Staatsapparat) nur eine kurze Zeit, um diese Information wieder zu korrigieren. Längst ist diese Geschichte wieder eine von drei bösen Nazis, die Migranten erschießen.

Nochmal Schernikau, weil er die Sache so wunderbar auf den Punkt bringt: „machen wir uns nichts vor: staatspolitik ist militärpolitik, kulturpolitik ist wirtschaftspolitik, bürgerinitiativen sind pipifax.“



*Dagmar Henn*

## ETWAS MEHR MATERIALISMUS, BITTE!

Seit Monaten werden lange Debatten geführt, die mit keinem Fuß den Boden berühren. Sei es zu den Montagsmahnwachen, sei es zu PEGIDA; als wäre die Geschichte des Denkens bei Hegel stehengeblieben, und die reale, greifbare Welt um uns herum nicht von Belang.

Womöglich will man schlicht die Augen verschließen vor den ungeheuren Folgen der vergangenen Niederlagen. Und tut deshalb, als wäre das Denken der Menschen ein Produkt ihres Willens und nicht der Welt, der Klassenverhältnisse, der Bedingungen, unter denen sie leben. (...) Ohne dass in irgendeiner Weise berücksichtigt wird, dass eine Idee eben nicht durch göttliche Eingebung in den menschlichen Kopf gerät. Sondern auf zweierlei Wegen – durch eigene Erfahrung oder durch Kommunikation. Und dass sich an der Grundbedingung, das herrschende Denken sei stets das Denken der Herrschenden, nichts geändert hat; an dem für uns erstrebenswerten Ziel, dem ein Denken der Beherrschten im eigenen Interesse entgegenzusetzen, allerdings sehr viel. Und zwar im konkreten, fassbaren, materiellen Sinne. (...) Es ist kein Wunder, wenn Menschen heute wirrer erscheinen als noch vor 20 Jahren. Sie erscheinen es, weil sie es sind. Und sie sind es, weil nur jene Zugang zu anderen Positionen, einem Denken in anderem Interesse als dem der herrschenden Klasse haben, die gezielt danach suchen, und zwar beharrlich.

Natürlich haben viele Menschen einen dichten Nebel im Kopf – die herrschenden Gedanken sind die Gedanken der Herrschenden. Damit das so bleibt, wird mit einer ungeheuren Maschinerie nachgeholfen, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, zwölf Monate im Jahr. Nicht der Nebel sollte überraschen. Überraschen sollte, wenn er sich lichtet.

(...) Darauf mit Forderungen nach Abgrenzung zu reagieren und lange Debatten zu führen, an welcher Stelle diese erfolgen sollte, ist vollends absurd (dass dies vor dem Hintergrund einer akuten Kriegsgefahr geschieht, wo man eigentlich anderes zu tun haben sollte, gibt dem Schauspiel einen makabren Anstrich). Ja, natürlich verwenden die Leute falsche Begriffe! Natürlich sehen sie ihre Gegner am falschen Ort! Das ist es schließlich, was die Formulierung „das Denken der Herrschenden“ besagt!

Aber wir gehen so weit, jene, die zumindest auf der Suche nach einer anderen Sicht sind, für schlechter zu halten als jene, die die ihnen offiziell servierte Suppe mit Löffel und Stiel verputzen. Die Teilnehmer der Montagsmahnwachen sind schlimmer als die grünen Kriegstreiber. Wir werfen ihnen vor, falsche Begriffe zu verwenden, in einem Moment, zu dem sie die richtigen nicht haben können (s. o.). Statt die Bereitschaft zur Suche zu begrüßen, reagieren wir mit Verachtung, weil nicht das Richtige gefunden wur-

de. Ohne dass wir es jemals angeboten hätten.

Ein wunderbares Beispiel wurde die letzten Tage über Facebook verbreitet. Eine Untersuchung, die auf [publicative.org](http://publicative.org) steht. Die den Gebrauch unterschiedlicher Begriffe im Zeitverlauf betrachtet und daraus den Schluss zieht, das Wort „Lügenpresse“ sei ein Nazi-Begriff, und daher sei jeder ein solcher, der ihn gebraucht (...). Nicht berücksichtigt wurde dabei allerdings die banale Tatsache, dass diese Presse tatsächlich lügt, (wie) gedruckt und auch (wie) gesendet. Es also im besten Falle darum ginge, diesen Begriff durch einen anderen zu ersetzen, da er ein wirkliches Phänomen beschreibt, und nicht darum, in jedem Verwender dieses Begriffes einen Gegner zu sehen.

Ja, in vielen Fällen gelingt es, die eine Propaganda durch eine andere zu ersetzen. Aber eines darf man nie vergessen: Jede Propaganda gelingt nur, wenn sie sich ein wirkliches Gefühl, ein wirkliches Bedürfnis zu Nutze macht. Im Falle PEGIDA ist das besonders unangenehm, wenn man sich auf die Suche nach dem wirklichen Gefühl macht. Es ist Heimatlosigkeit. Wenn man sich wundert, warum im Westen die Entwicklung völlig anders verlief, muss man nur diesen Punkt betrachten. Dieses Gefühl existiert im Westen so nicht. Der Westen wurde nämlich nicht besetzt und ausgeplündert. Es ist unser Versagen, dass ein Gefühl, das





sich auf eine verlorene Heimat DDR bezieht, genutzt werden kann, um daraus rassistisches Kapital zu schlagen. Es ist nicht die Schuld jener, die auf diese Demonstration gehen. Und wenn man der Möglichkeit, dieses Gefühl zu nutzen, das Wasser abgraben will, muss man es offen und offensiv aussprechen.

Die Lage ist entsetzlich verworren. Sie wird es, fürchte ich, noch länger bleiben. Sie ist es auch bei uns. Das Spektrum reicht von jenen, die meinen, eine Kriegsgefahr könne es nicht geben, bis zu jenen, die meinen, dieses Kind sei bereits in den Brunnen gefallen. Jede Frage hat bei ihnen einen

höheren Rang als die eine Aufgabe, die wir tatsächlich haben, im Interesse unserer Klasse wie dem unseres Landes, wenn nicht gar dem der gesamten Menschheit – den Krieg, an dem gerade gearbeitet wird, zu verhindern. Mit allen Mitteln.



## LITERATURTIPP

Jürgen Lloyd

# ZU DEN GRUNDLAGEN DES ANTIFASCHISTISCHEN KAMPFES

Ulrich Schneider, Generalsekretär der Fédération Internationale des Résistants (FIR) und Bundessprecher der VVN-BdA, hat im letzten Jahr in der verdienstvollen Basiswissen-Reihe bei PapyRossa einen Band zum Antifaschismus veröffentlicht [1]. Auf 130 Seiten gibt er dort eine Übersicht über den Begriff und die Geschichte des Antifaschismus in Deutschland.

Es ist schon bemerkenswert, dass es eine lange Geschichte der Auseinandersetzung um den Begriff des Faschismus gibt, eine vergleichsweise Beschäftigung mit dem Antifaschismus aber nicht erfolgt ist. Unter Berufung auf Abendroth und Kühnl versteht Schneider unter Faschismus eine Form bürgerlicher Herrschaft und betont, dass der Faschismus die Eigentumsverhältnisse und ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus nie in Frage gestellt hat.

Er kommt auf Basis dieser Position zu einer Reihe wichtiger Einschätzungen auch für den Charakter des Antifaschismus. Explizit fordert Schneider, dass die antifaschistische Bewegung sich praktisch einsetzen müsse gegen soziale Ausgrenzung und Ungleichheiten und für die demokratischen und sozialen Rechte und Freiheiten als Voraussetzung für reale – nicht nur formale – gesellschaftliche Partizipation. Eine Konsequenz aus dem marxis-

tischen Faschismus-Verständnis hergeleitete Bestimmung, was Antifaschismus sein müsse, gelingt Schneider jedoch nicht. Die Ursache hierfür – und damit auch das Feld, auf dem diese Lücke zu schließen sein wird – liegt in der mangelnden Analyse der Entstehungsgründe und -bedingungen des Faschismus. So erfreulich es auch ist, dass Schneider betont, zum Faschismus gehöre „originär eine chauvinistische und imperialistische Orientierung“, bleibt damit dennoch der innere Zusammenhang zwischen Faschismus und Imperialismus ungeklärt. Der Imperialismus erscheint als eine politische Orientierung, die den Faschismus zwar stets begleitet, aber eben lediglich äußerlich als Attribut den Faschismus charakterisiert. Nicht verstanden wird die Bedeutung des Imperialismus als Entstehungsbedingung von Faschismus.

### **Antiimperialismus und Antifaschismus gehören zusammen**

Dieser Hinweis ist keine theoretische Spitzfindigkeit, sondern zielt auf die praktischen Konsequenzen für den Antifaschismus. In der Linie des ersten Ansatzes liegt eine Orientierung auf die Bekämpfung von den Faschismus befördernden Einstellungen, von „Anknüpfungspunkten für gesellschaftliche Ausgrenzung“ und „diskriminierenden gesellschaftlichen Feind-

bildern“. Die zweite Linie eröffnet den Blick auf den Kampf gegen den Imperialismus als unverzichtbaren integralen Bestandteil des Antifaschismus. Die Analyse dieser Zusammenhänge weiterzutreiben und für unsere antifaschistische Strategie nutzbar zu machen bleibt eine Aufgabe, die uns durch Schneiders Schrift noch nicht abgenommen wurde.

Diese Einschätzung ändert nichts daran, dass der Band nützlich und empfehlenswert ist. Schneider ist eine gute Zusammenfassung der Entwicklung der antifaschistischen Bewegung in Deutschland gelungen. Unterteilt in drei Etappen – 1923–1945, 1945–1989 und 1990 bis in die Gegenwart – schildert er die wesentlichen Stränge des antifaschistischen Kampfes. Bereits im Sommer 1923 – also nur wenige Monate nach dem „Marsch auf Rom“ der italienischen Faschisten unter Mussolini und noch drei Monate vor dem „Hitler-Ludendorff-Putsch“ – mobilisierte die KPD zu einem als Massenveranstaltung mit Einheitsfrontcharakter angelegten Antifaschistentag. Schneider zitiert aus dem Aufruf zum Antifaschistentag, einem der ersten Schritte der antifaschistischen Bewegung in Deutschland: „Wir fordern euch auf: Errichtet zusammen mit den Kommunisten die gemeinsame Front der Not und der Arbeit gegen die Prasser, Spekulanten und Ausbeuter! [...]“

Nur wenn ihr das versteht, wenn ihr euch mit der Arbeiterklasse verbindet, anstatt euch gegen sie auszunutzen zu lassen, dann wird der verheerende Bürgerkrieg in Deutschland vermieden werden.“ Der Begriff des Antifaschismus entstand also als „Gegenbegriff zur politischen Rechtsentwicklung in Deutschland“ und hatte eine eindeutig „klassenkämpferische Konnotation“, so Schneider.

Schon 1923 wurde von der KPD die Gewinnung breiter Massen angepeilt und Antifaschismus damit „als soziale Bündnispolitik gegen das große Kapital“ (S. 16) verstanden. Erfreulich ausführlich angesichts der begrenzten Seitenzahl dieses Bandes wird nicht nur die Entwicklung der KPD, sondern auch der Sozialdemokratie und linksbürgerlicher Antifaschisten in der Endzeit der Weimarer Republik nachgezeichnet.

Es folgt die Darstellung, wie unter den geänderten Bedingungen der faschistischen Diktatur der Antifaschismus sich zum Kampf für den Sturz der faschistischen Diktatur und schließlich für die Niederlage Hitler-Deutschlands im Krieg entwickeln musste.

### „Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung“

Die Schilderung der Nachkriegszeit beginnt konsequent mit dem Schwur von Buchenwald und den in den Konferenzen von Jalta und Potsdam gegebenen Richtlinien für die Befreiung Deutschlands vom Faschismus, die sich an den „großen D“s orientierten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demonopolisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung. Schneider fügt diesen Punkten gemäß den Vorstellungen der Antifaschisten noch

das Sozialstaatsprinzip, Völkerverständigung und antifaschistische Einheit hinzu.

Es folgt eine Beschreibung der Geschichte der VVN, die sich sehr bald als Vertretung dieser Prinzipien bewähren musste. In den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik musste die VVN – und dies darzustellen ist eines der Verdienste des Bandes – aus ihrem antifaschistischen Grundverständnis heraus und nicht etwa auf Grund kommunistischer Beeinflussung in zentralen Streitfragen die KPD und später die DKP als ihre wichtigsten Mitstreiterinnen betrachten: Der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands, gegen die Renazifizierung unter Adenauer und Globke, gegen die Remilitarisierung, später gegen die Notstandsgesetze, gegen Berufsverbote und in der Friedensbewegung ergaben sich aus dem Verständnis, als Antifaschisten mit der Orientierung von Buchenwald und Potsdam diese Positionen einnehmen zu müssen.

### Delegitimierung der DDR = Angriff gegen die Linke insgesamt

Das Ende der DDR, deren antifaschistische Grundlagen und Organisationen von Schneider in einem kurzen Exkurs gewürdigt werden, wird zu Recht als Bruch auch für den Antifaschismus in der Bundesrepublik beschrieben. Aus der umfangreich betriebenen Kampagne zur Delegitimierung der DDR entsteht ein Angriff auf den Antifaschismus als vorgebliche Legitimationsideologie. Als Antwort hierauf entwickelten sich eine verstärkte Geschichts- und Erinnerungsarbeit auf der einen Seite und der Kampf gegen die rassistischen Angriffe auf Asylbewerber und gegen Aufmärsche

und Provokationen aktionsorientierter Neofaschisten auf der anderen Seite.

Schneider erklärt, dass der Angriff auf den Antifaschismus nicht nur gegen die DDR gerichtet ist, sondern gegen die bundesdeutsche Linke insgesamt. Der innere Zusammenhang zwischen dem (in Folge der und durch die Einverleibung der DDR erfolgten) Vormarsch des deutschen Imperialismus und den Aufgaben des Antifaschismus wird von Schneider jedoch nicht thematisiert. Der Band reproduziert mit dieser Leerstelle eine ideologische und praktische Schwäche des Antifaschismus in Deutschland. Das Unverständnis gegenüber diesem Zusammenhang setzt der Wirksamkeit des Antifaschismus Grenzen. Mehr noch: Es macht ihn auch instrumentalisierbar für die Herrschaftspraxis des Imperialismus selber, wie dies z. B. von „antideutschen“ Kriegs- und Sozialabbaupropagandisten vorexerziert wird.

Es bleibt unsere Aufgabe, Antifaschismus und Antiimperialismus als notwendige Einheit zu begreifen und eine dementsprechende politische Praxis zu entwickeln. Das Antifaschismus-Buch von Ulrich Schneider bietet mit seinem Blick auf die geschichtliche Entwicklung des Antifaschismus in Deutschland dafür eine wertvolle Materialsammlung. Mit unserem Verständnis von Faschismus als Form monopolkapitalistischer Klassenherrschaft besitzen wir den Schlüssel, der genannten Aufgabe nachzukommen.

### Quellen und Anmerkungen:

- [1] Ulrich Schneider, Antifaschismus, Papy Rossa Verlag, Köln 2014



## SPENDENAUFBRUF

### DIE T&P IST NOTWENDIG – TUT ETWAS FÜR SIE!

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich.

Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz, Spendenkonto Theorie und Praxis, Konto-Nr.: 419 702,**

**Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25**

**IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGIDE5F**

# INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial .....	1
<i>Anton Latzo</i> Weltpolitische Weichenstellungen .....	2
<i>Renate Münder</i> Dritter Anlauf zur Weltmacht? .....	3
<i>Andreas Wehr</i> Transnationaler Kapitalismus? .....	7
<i>Kurt Gossweiler</i> Der deutsche Imperialismus .....	8
<i>Johannes Magel</i> Friedenskampf 2015 .....	9
<i>Klaus Linder</i> Das Ganz Andere gründet einen Verein .....	11
<i>Tobias Kriele</i> Ein Sieg Kubas! .....	13
<i>Werner Seppmann</i> Arbeiterklasse und Handlungsfähigkeit .....	15
<i>Björn Schmidt</i> Pegida am Ende? Eine vorläufige Bilanz .....	17
<i>Ruth Brenner</i> Anti-Nazi-Bündnis in Fürth .....	18
<i>Richard Corell</i> VR China: Sozialismus als Prozess .....	20
<i>Rolf Berthold</i> VR China: Internationale Beziehungen .....	22
<i>Prof. Eike Kopf</i> China aktuell .....	24
<i>Richard Corell u. a.</i> Kampf der Linien in der KPCh .....	25
<i>Hannes Fellner</i> „In sich geschlossen und harmonisch“ Teil 2 .....	26
<i>Mathias Meyers</i> Die Beichtstühle des Imperialismus .....	28
<i>Dagmar Henn</i> Etwas mehr Materialismus, bitte! .....	29
<b>Literaturtipp</b>	
<i>Jürgen Lloyd</i> Grundlagen des antifaschistischen Kampfes .....	30

# IMPRESSUM

[www.theoriepraxis.wordpress.com](http://www.theoriepraxis.wordpress.com)

## Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,  
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

## Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder, St.-Cajetan-Straße 20,  
81669 München, E-Mail: [TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de)

**Druck:** Eigendruck

**Auflage:** 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz,**  
**Spendenkonto Theorie & Praxis,**  
**Konto-Nr. 419 702,**  
**Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,**  
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,  
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an [TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de) zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter [www.theoriepraxis.wordpress.com](http://www.theoriepraxis.wordpress.com) verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.